Semesterspiegel

Zeitung der Studierenden in Münster

Nr. 387 | April 2010 | www.semesterspiegel.de

Schöne neue Welt?

ÖKO. FAIR. SOZIAL.

PATRONE LEER?
Tintenpatrone leer?
Wir füllen Sie Ihnen wieder auf!
Tintenf@ss
Tinte, Toner & mehr ...
Ludgeriplatz 8
48151 Münster
Tel. 0251- 5 38 98 14
www.greenink.de

Aster Reise Service
das Reisebüro
für
Flüge weltweit zu Studententarifen
Int. Student Identity Cards
Last Minute Angebote
Pauschalreisen
Bausteinreisen
Gruppenreisen
Sprachreisen
Aktivurlaub
und ...
Mit uns steht Euch die Welt offen!
Hindenburgplatz 64-66 · 48143 Münster · Tel. (0251) 51 90 68
Mensa I · Aasee · 1. Etage · Tel. (0251) 539 58 00
Mensa II · Coesfelder Kreuz, Foyer · Tel. (0251) 857 08 08
www.asterreiseservice.de · E-Mail: info@asterreiseservice.de

Titelthema der nächsten SSP-Ausgabe: **Was ist Gender?**
Wir freuen uns auf eure Einsendungen! **Redaktionsschluss: 09.05.2010**

Der Semesterspiegel braucht dich!

Ihr wollt über Kultur und Freizeit in Münster berichten, wisst aber nicht, wo ihr euren Artikel veröffentlichen könnt? Oder ihr möchtet Missstände an der Uni publik machen, habt aber kein Medium dazu? Oder wollt ihr euch einfach mal als Autor, Fotograf oder Illustrator einer Zeitung erproben? Dann seid ihr bei uns richtig!

Jede/r Studierende in Münster kann einen Artikel im Semesterspiegel veröffentlichen, sei es ein Erfahrungsbericht aus dem Auslandsemester oder über die letzte Vollversammlung, eine spannende Buchrezension, eine CD-Neuvorstellung oder ein Leserbrief, in dem ihr uns eure Meinung zu einem Thema schreibt.

Eure Texte und Illustrationen sind immer herzlich willkommen!
Also schreibt uns an, wir freuen uns auf euch: ▶ semesterspiegel@googlemail.com

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe wird ein recht weites Themengebiet angesprochen; ökologisch – fair – sozial oder doch nur eine Utopie von einer „Schöne[n] neue[n] Welt?" – die Autorinnen und Autoren des Semesterspiegel befassen sich auf den folgenden Seiten auf ganz unterschiedliche Weise damit.

So macht uns Theresa Verhoeven darauf aufmerksam, wo und wie man in Münster ökologisch und fair gehandelte Produkte erwerben kann (S. 21). Welche Unterschiede zwischen arm und reich bestehen und inwiefern dabei von globaler Gerechtigkeit gesprochen werden kann, diskutiert Dennis Bätge in seinem Beitrag (S. 18). Was sich wiederum hinter dem Label "uaem" versteckt und welche Ziele von "weitblick e.V." im Hinblick auf eine gerechtere und sozialere Welt verfolgt werden, erfahrt ihr auf den Seiten 24 bis 26.

Neben der Befragung der Parteien zur Landtagswahl in NRW (S. 34) gibt es auch hochschulpolitisch Neues zu berichten: Im Januar wurde eine neue AStA-Vorsitzende gewählt (S. 7) und das Studierendenparlament der Uni Münster versuchte, ein Gespräch mit Jürgen Rüttgers käuflich zu erwerben (S. 16). Weiterhin wird euch in der neu aufgesetzten Reihe mit dem Namen „Hopo for Dummies" im ersten Teil berichtet, wie hochschulpolitische Mitsprache aussehen kann (S. 4).

Darüber hinaus finden sich weitere lesenswerte und thematisch auch recht unterschiedliche Beiträge in dieser Ausgabe.

In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß beim Lesen!

Für die Redaktion
Ramona Weber

Inhalt

Semesterspiegel
April-Cartoon ____ 2
Impressum ____ 4
Hopo for Dummies: Wie und wo funktioniert hochschulpolitische Mitsprache? ____ 4
Fünf Fragen an... Clarissa Stahmann ____ 7
Studi abroad: Guatemala ____ 8

Campus
Einzelhaft mit Gemeinschaftsküche? Soziales Leben in Münsters Wohnheimen ____ 10
Baracke fällt Abrissbirne zum Opfer ____ 11
Gebühren schaffen sich nicht von selbst ab! ____ 12
The Dishwasher – Das erste Magazin für studierende Arbeiterkinder ____ 14
Einer unserer Lehrer – Kleiner Nachruf auf Dieter Keiner ____ 15
Neues aus dem Studierendenparlament ____ 16
Wie ich versuchte, Jürgen Rüttgers zu kaufen ____ 16

Titel
Mit der Uni Münster geht's steil nach oben – WWU Runs Up ____ 17
Rechtfertigt euren Reichtum! Einführung in die Debatte der globalen Gerechtigkeit ____ 18
„Öko leben" – Hauptsache, damit anfangen! ____ 20
Fairer Einkaufsbummel durch ein ökologisch bewusstes Münster ____ 21
Öko. Fair. Sozial. Die Uni Münster verändert die Welt (?) ____ 22
Mobil in Münster und darüber hinaus? Barrierefreiheit auch auf dem Weg zur Uni! ____ 23
„Mission Access" – Universities Allied for Essential Medicines ____ 24
Die Uni Münster als Aussichtsplattform – Initiative „weitblick" ____ 26
Leben und leben lassen – Zwischen Münsteraners Studierenden und Obdachlosen ____ 27
Montagsfrage: Wie „öko" bist du? ____ 28
Energiespartipps ____ 30

Politik
Bildung in der BRD: Quo vadis? ____ 32
Landtagswahl am 09. Mai in NRW ____ 34

Schluss(end)licht
Bildrätsel ____ 35
Sudokus ____ 35

Hopo for Dummies:

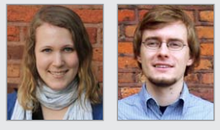
Wie und wo funktioniert hochschulpolitische Mitsprache?

von Ramona Weber | Illustrationen: Ansgar Lorenz

Die Redaktion des Semesterspiegels plant für diese und die kommenden Ausgaben im Sommersemester 2010 eine Reihe, die sich mit dem Thema Hochschulpolitik im weiteren Sinne beschäftigen wird. Die Idee eines sogenannten „Hopo for Dummies" entsprang dem Eindruck, dass die doch recht komplexen und unübersichtlichen Strukturen der (Münsteraner) Hochschulpolitik einen Grund darstellen, dass viele Studierende überhaupt nicht zu wissen scheinen, in welcher Form und auf welche Weise Einfluss auf der Ebene der Hochschule, sowie auf Landes- und Bundesebene von Seiten der Studierenden ausgeübt werden kann. Entsprechend wird sich dieser erste Beitrag vor allem mit den verschiedenen Formen und Institutionen von hochschulpolitischer Mitsprache beschäftigen.

Hochschulpolitische Mitsprache von und mit Studierenden kann sich auf verschiedene Art und Weise äußern. Dabei kann man zwei wesentliche Bereiche voneinander unterscheiden: zum einen gibt es auf Gesetzen und Verfassungen verankerte hochschulpolitische Mitsprache. Institutionen und Gremien erhalten durch die juristische Verankerung gewisse Rechte und Pflichten, die es zu erfüllen gilt, die allerdings auch dazu dienen, auf verschiedenen Ebenen (hochschul-) politisch Einfluss zu üben. Zum anderen können auch Zusammenschlüsse jedweder Art und Organisation (sei es in Vereinen, einer GmbH oder in Bündnissen – in Form von zumeist Interessenverbänden) eine große Rolle spielen und an hochschul- bzw. bildungspolitischen Entscheidungen teilhaben. Allerdings ist die studentische Mitsprache, wie sich noch zeigen wird, nicht in allen Gremien in gleicher Weise garantiert. Und letztlich muss man sich auch der Tatsache bewusst sein, dass Gesetze und Verordnungen, die die Bildung betreffen, größtenteils in den Bereich der Landes-, aber auch der Bundespolitik fallen, und/oder durch rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Mitsprache bedeutet in diesem Zusammenhang somit nicht, über eine endgültige Entscheidungsgewalt zu verfügen, sondern stellt lediglich eine Art der – manchmal mehr und manchmal weniger demokratischen – Einflussnahme auf Entscheidungen dar, die die Hochschullandschaft im weitesten Sinne betreffen.

Redaktion (v.l.n.r.): Ramona Weber (V.i.S.d.P.), Christian Strippel, Malte Schönefeld, Astrid Gieselmann, Olivia Fuhrich, Frank Gronenberg, Andreas Brockmann



Layout: Anne Breitenbach
ssp.layout@uni-muenster.de

Geschäftsführung: Philipp Fister
ssp.ceo@uni-muenster.de

Redaktion und Anzeigenverwaltung:
Schlossplatz 1
48149 Münster
ssp@uni-muenster.de

Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden in Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des Autors oder der Autorin wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung der Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und der Bereitschaft zur Toleranz (HG-NW § 72 (2) Satz 4). Manuskripte bitte digital (auf Diskette, CD, DVD etc. oder per E-Mail) und in Formaten von üblicher oder kostenlos verfügbarer Software. Grafiken nicht in den Text einbinden, sondern an entsprechender Stelle im Text einen Verweis einfügen und die Grafik (im Original oder in 200 dpi Graustufen) gesondert beifügen. Einsendungen bitte unter Angabe von Name, Adresse und Bankverbindung. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Pseudonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmefällen können Autor/innen ungenannt bleiben.

Impressum

Herausgebernnengremium:
Sebastian Lanwer
Pia Lau
Maximillian Imhoff
Björn Schmidt
Lena Schönebeck
Friederike Schriever

ssp.hgg@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck
Auflage: 2.800 Stk.

Redaktionsschluss SSP 388: 9.5.2010

Honorar:
0,01 Euro für 4 Zeichen
8 Euro für ein Foto
15 Euro für eine Illustration
10 Euro für ein Rätsel

April-Cartoon
von Ansgar Lorenz

Eine Form von politischer Mitsprache stellt unter anderem der bundesweite Bildungsstreik dar, der sich aus verschiedenen Bündnispartnern zusammensetzt und auf sog. Vernetzungstreffen die zentralen Ziele, sowie Formen des Protestes diskutiert und beschließt. Bildungsstreiken kann und konnte im Prinzip jede/r, um auf die allgemeinen und aktuellen Missstände im Bildungssystem der BRD aufmerksam zu machen. Durch Proteste, Vernetzungstreffen oder auch schriftliche Stellungnahmen etc. hat der Bildungsstreik seinen Weg in den öffentlichen Diskurs gefunden. Die Liste der Unterstützer/innen ist mittlerweile lang und reicht von Verfassten Studierendenschaften über Parteien hin zu Gewerkschaften oder Arbeitsgruppen und unterschiedlichen Zusammenschlüssen. Das Ziel des bundesweiten Bildungsstreiks besteht vor allem darin, die Lehr- und Lernsituationen sowohl an Schulen als auch Hochschulen einer Kritik zu unterziehen, um damit auf die Missstände im Bildungssystem aufmerksam zu machen, sowie Forderungen an die Politik und Bildungsinstitutionen zu stellen, mit dem Ziel einer grundlegenden Verbesserung der Bildungslandschaft in der BRD. Auch in diesem Jahr sind weitere Aktionen geplant, wie beispielsweise das vom 26.03. – 28.03.2010 stattfindende Bundesweite Vernetzungstreffen des Bildungsstreiks in Freiburg[1].

Im letzten Jahr hat der bundesweite Bildungsstreik unter anderem durch Proteste, an denen tausende von Menschen beteiligt waren, dazu geführt, dass – zumindest öffentlich – ein Umdenken im Hinblick auf die Gestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge von Seiten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und in Folge dessen auch der Hochschulen stattgefunden hat (siehe SSP 386 zum Bologna-Tag).

Bei der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) handelt es sich um ein Gremium, das sich aus den Hochschulen des Bundes zusammensetzt und im Interesse der Hochschulen gegenüber der Politik und Öffentlichkeit agiert. Dieser freiwillige Zusammenschluss aus immerhin 258 Hochschulen wurde bereits 1949 als Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) gegründet und setzt sich mit allen grundsätzlichen Fragen, die die Hochschulen betreffen, auseinander[2]. Auch im Hinblick auf die Umsetzung des 1999 verabschiedeten Bologna-Prozesses mit dem Ziel eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes nimmt die HRK großen Einfluss, beispielsweise in Form eines Bologna-Zentrums[3], das zudem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird[4].

Interessant hierbei ist vor allem, dass sich die HRK als „die Stimme der Hochschulen" versteht, allerdings nur, wie der Name dieses Zusammenschlusses bereits preisgibt, durch die Rektorinnen/Präsidentinnen oder Rektoren/Präsidenten der jeweiligen Hochschulen in der alle zwei Jahre stattfindenden Mitgliederversammlung vertreten werden. Die Verkörperung der Rektorin/Präsidentin oder des Rektors/Präsidenten als DER Hochschule berechtigt die HRK allerdings wohl kaum, im Namen aller Mitglieder einer Hochschule sprechen zu wollen, wie dies in ihrem Slogan fälschlicherweise vermittelt wird. Stattdessen muss die HRK wohl mehr als eine Interessenvertretung für die o.g. Gruppe verstanden werden, wie es auch bei den Studierenden beim freien zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V. der Fall ist.

Damit ist der freie zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) e.V. mit Sitz in Berlin in gewisser Weise vergleichbar mit der HRK, allerdings organisieren sich in diesem Verband nur die studentischen Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen auf Bundesebene. Momentan verzeichnet der fzs etwa 80 Mitglieder und sieht sich seit seiner Gründung im Jahr 1993 als bundesweiter Dachverband der Verfassten Studierendenschaften[5]; dabei geht es dem fzs vor allem um die strukturelle Vernetzung der Studierendenschaften, der Verabschiedung von gemeinsamen Positionen zur politischen Einflussnahme vor allem auf der Bundes- aber auch Landesebene[6]. Die Mitglieder des fzs werden durch die jeweiligen Verfassten Studierendenschaften der Hochschulen vertreten. Auf der ein Mal im Semester stattfindenden Mitgliederversammlung werden Grundsatzpapiere und –positionen, sowie die Höhe der Beiträge für den fzs diskutiert und verabschiedet[7]. Die Entscheidungen, die auf der Mitgliederversammlung des fzs getroffen werden, sind dabei für den Vorstand, der den fzs nach außen repräsentiert, in der Regel bindend. Bis 2008 war die Verfasste Stu-

Fortsetzung:
„Hopo for Dummies" von Ramona Weber

dierendenschaft der Uni Münster Mitglied im fzs und beteiligte sich bis zu diesem Zeitpunkt auch finanziell jedes Semester mit einem Beitrag in Höhe von 80 Cent pro Student/in.

Das Studierendenparlament (SP) der Uni Münster beschloss allerdings in seiner Sitzung am 23. Juni 2008 den Austritt aus dem studentischen Dachverband unter anderem aufgrund inhaltlicher und struktureller Probleme im fzs[8]. Diesem Austritt waren lange Diskussionen und Querelen innerhalb des fzs voraus gegangen, bei denen es vor allem um die politische Ausrichtung des Verbandes ging. So sind einige Verfasste Studierendenschaften der Meinung, im fzs werde zu viel Parteipolitik betrieben, einige Studierendenschaften sehen sich aufgrund der (links-) politischen Ausrichtung im fzs nicht vertreten und kritisieren in diesem Zusammenhang den Anspruch des fzs auf ein allgemeinpolitisches Mandat[9]. Bis zum jetzigen Zeitpunkt scheint die Uneinigkeit darüber, wie sich der fzs zu verstehen hat und wen er im Prinzip vertritt, noch nicht ganz überwunden.

Offensichtlich konnte das Studierendenparlament (SP) darüber entscheiden, ob die Verfasste Studierendenschaft der Uni Münster Mitglied im fzs sein möchte oder nicht. Zumindest in Nordrhein-Westfalen handelt es sich bei dieser Entscheidung über Aus- und Eintritt in den studentischen Dachverband um das dafür zuständige Gremium[10]. Das SP ist in der Regel das höchste beschlussfassende Gremium und bildet die Legislative in der Verfassten Studierendenschaft. Das Exekutivorgan, der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) wird wiederum durch das SP gewählt (hierzu mehr in der nächsten Ausgabe). Die Wahlen zum SP an der Uni Münster finden ein Mal jährlich statt. Wahlberechtigt sind alle an der WWU immatrikulierten Studierenden; jede/r Studierende/r hat dabei eine Stimme und kann sich zwischen verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten, die für unterschiedliche hochschulpolitische Listen antreten, entscheiden. Die Listen erhalten – je nach Anzahl der Wähler/innen-Stimmen – Sitze im SP; insgesamt werden 31 Sitze im SP der Uni Münster vergeben. Je nach Sitzverteilung bildet sich in der Regel nach den Wahlen eine Koalition, die darüber entscheidet, welche Personen mit welchen Ämtern in den AStA gewählt werden sollen oder nicht und welche hochschulpolitischen Themen durch den AStA während seiner Amtszeit von in der Regel einem Jahr inhaltlich bearbeitet werden sollen. Weiterhin entscheidet das SP über die Höhe der Semesterbeiträge, die die Studierenden in jedem Semester an den AStA, den Hochschulsport und die Verkehrsbetriebe in Form des Semesterticket zu zahlen haben. Doch wie genau funktioniert das? Welche Gremien und Institutionen daran beteiligt sind, wenn es darum geht, den Semesterbeitrag festzulegen, den ihr jedes Semester zu zahlen habt, wird deshalb in der nächsten Ausgabe des Semesterspiegels erklärt werden.

1 www.bildungsstreik.net (Stand: 29.03.2010).

2 http://www.hrk.de/de/home/home.php (Stand: 29.03.2010).

3 http://www.hrk.de/bologna/de/home/4130.php (Stand: 27.03.2010).

4 Am bundesweiten Bildungsstreik hat im November letzten Jahres die HRK-Vorsitzende, Margret Wintermantel, laut Kritik geäußert, die die Bologna-Reform weiterhin verteidigte und in den Grundsätzen befürwortete. Auch sprach sich die HRK in der Vergangenheit für die Erhebung von sogenannten Studienbeiträgen aus und hat gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung 1994 das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) gegründet, das sich als „Reformwerkstatt für das deutsche Hochschulwesen" versteht. Siehe auch: http://www.che-concept.de/cms/?getObject=5&getName=CHE+Concept&getLang=de (Stand: 30.10.2010).

5 Vor dem fzs und dessen Gründung gab es bereits andere studentische Dachorganisationen, weshalb die Idee einer bundesweiten studentischen Organisation zu diesem Zeitpunkt nicht neu war.

6 Weil Bildung immer noch Ländersache ist, ist der fzs nicht ausschließlich auf der Bundesebene tätig.

7 http://www.fzs.de/ueber_uns/index.html (Stand: 30.03.2010)

8 http://ufafomuenster.files.wordpress.com/2008/06/austrittsantrag_fzs1.pdf

9 http://de.wikipedia.org/wiki/Freier_zusammenschluss_von_studentInnenschaften

10 In Bayern und Baden-Württemberg wurden die Verfassten Studierendenschaften beispielsweise abgeschafft und verfügen aus diesem Grund über kein gesetzliches Mandat. Hier findet ein Zusammenschluss auf freiwilliger Basis statt; Entscheidungen werden dabei entweder vom SP oder der Fachschaftenkonferenz (FK) gefällt.

5 Fragen an... Clarissa Stahmann

Neue AStA-Vorsitzende der Uni Münster

Interview: Andreas Brockmann | Foto: Mareike Strauß

SSP: Liebe Clarissa, unsere Glückwünsche zur Wahl in das Amt der AStA-Vorsitzenden der Uni Münster. Was für eine Person haben die Studierenden denn da gewählt?

Also, ich bin 21 Jahre alt und studiere den Ein-Fach-Bachelor Kommunikationswissenschaft im fünften Semester. Seit Anfang meines Studiums engagiere ich mich hochschulpolitisch in der Juso-Hochschulgruppe. Da ich aus meinem Studium mehr mitnehmen wollte als auswendig lernen, über Seminararbeiten brüten und nochmal auswendig lernen, habe ich mich entschlossen, AStA-Vorsitzende zu werden. Persönlich hat mich schon immer Ungerechtigkeit gestört, gegen die man alleine nur sehr schwer etwas ausrichten kann. Der AStA als studentische Interessenvertretung hat viel mehr Möglichkeiten Probleme anzugehen als eine einzelne Person. Dadurch können wir viele Probleme beseitigen. Falls Du also Schwierigkeiten hast, die irgendwie mit Studium oder studentischem Leben zu tun haben, kannst Du Dich immer gerne bei uns melden.

SSP: Hinter vorgehaltener Hand wird gemunkelt, die Juso-HSG hätte ihren Wahlkampf mit unsportlichen Mitteln geführt: Erst, kurz vor der Wahl, eine Mail an alle Studierenden mit einer „Umfrage zur Verbesserung der Studiensituation" – viele sahen darin eine aggressive Form der Wahlwerbung. Und dann noch der Vorwurf, die Jusos hätten im Vorfeld der StuPa-Wahl Unterschriften von Kandidaten gefälscht. Wie gehst du mit diesen Vorwürfen um?

Die Mail mit der Bologna-Umfrage sollte schon Anfang November herumgeschickt werden. Dies scheiterte an unvorsehbaren Problemen im Verwaltungsapparat der Uni. Leider hat es so nicht geklappt und unsere Bologna-Release-Party, die wir zur Bewerbung der Umfrage geplant hatten, war ein eher mäßiger Erfolg – die Mail wurde erst zwei Stunden vor der Party verschickt. Der Vorwurf der Unterschriftenfälschung ist haltlos: Auf der Liste der Juso-HSG standen keine Kandidaten oder Kandidatinnen, die nicht ihr Einverständnis mit der Kandidatur erklärt hatten.

SSP: Der massive Rückgang der Wahlbeteiligung bei der letzten StuPa-Wahl ist alarmierend: Lediglich jeder vierte Studierende (24 Prozent) ist zur Wahl gegangen. Und auch der Bologna-Tag hat gezeigt: Der Großteil der Studierenden scheint sich nicht für Hochschulpolitik zu interessieren. Welche Konsequenzen zieht der AStA daraus?

Wir feilen gerade an neuen Konzepten, wie wir die Studierenden besser erreichen, um sie von der hochschulpolitischen Arbeit zu überzeugen. Die nächste Vollversammlung soll z. B. die Studierenden stärker einbinden, in dem sie über Projekte abstimmen können, die der AStA umsetzen soll. Zudem planen wir im Mai einen Tag der offenen Tür. Ende des Sommersemesters starten wir eine Kampagne, die unsere Beratungsangebote unter den Studierenden stärker publik macht. Im Wintersemester könnte ich mir vorstellen, eine Kampagne zur Studierendenparlaments-Wahl zu machen, die darauf hinweist, was alles durch Hochschulpolitik bewirkt wird.

SSP: Ihr habt es euch zum Ziel gesetzt dazu beizutragen, die Studiengebühren-Politik von schwarz-gelb abzuwählen. Wie passt es da zusammen, dass der Studiengebühren-Boykott zum kommenden Sommersemester auf Eis gelegt worden ist?

Es gab bereits zwei Boykottversuche in der Vergangenheit. Beide sind gescheitert – mit abnehmenden Teilnehmer/innenzahlen. Wir haben deshalb lange abgewägt, ob ein Boykott wieder das Mittel der Wahl sein sollte, um gegen Studiengebühren zu protestieren. Gerade vor dem Hintergrund der Landtagswahl könnte ein gescheiterter Boykott mit geringen Teilnehmer/innenzahlen – besonders an einer so großen Universität wie Münster – missbräuchlich zu einem Zeichen von Studiengebühren-Akzeptanz umgedeutet werden. Aufgrund der hohen Kosten und der hohen Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns haben wir uns schließlich bei der Abstimmung zum Boykott enthalten. Der AStA arbeitet aber natürlich trotzdem weiterhin gegen Studiengebühren, z.B. mit der landesweiten Kampagne Bildungsperspektive.

SSP: Was muss passieren, damit du dich am Ende deiner Amtszeit zufrieden zurück lehnen und auf eine erfolgreiche Periode zurück blicken kannst?

Zufrieden bin ich, wenn wir mehr Studierende mit der Arbeit des AStA erreicht haben und ihnen helfen konnten. Zudem würde ich gerne meinen Teil dazu beitragen, Bachelor- und Masterstudiengänge studierbarer zu machen.

Clarissa, vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg in deiner Amtszeit!

Guatemala – Medizin „am Fuße des Berges“

„Ja Mama, ich gehe nach Guatemala! Aber keine Angst: Ich gehe nicht alleine, das haben viele andere auch schon gemacht... und vielleicht solltest du vorher nicht zu viel im Internet recherchieren!“ | Bericht und Fotos von Birte Ostermann

„Si tu supieeeras cuanto yo a ti te aaamooo…!“ Mit rund hundert Dezibel dröhnen die spanischen Schnulzen aus den Lautsprechern des alten blauen Bulli, mit dem wir nun schon seit drei Stunden über immer kleiner und immer staubiger werdende Huckelstraßen fahren.

„Überall im Land muss jederzeit mit unerwarteten gewaltsamen Auseinandersetzungen gerechnet werden. Dabei können unbeteiligte Besucher Schaden nehmen.“ hatte das Auswärtige Amt auf seiner Seite gewarnt. Momentan habe ich eher das Gefühl, dass die zu erwartende Taubheit und der Verlust meiner Beine, die unverrückbar eingeklemmt sind zwischen Gemüsekisten und einer Frau mit ihrem einjährigen Kind, das gerade an einer Cola nuckelt, die größte Gefahr für mein körperliches Wohlbefinden sein könnten.

Zu dritt sind wir auf dem Weg nach Yalanhuitz, wörtlich übersetzt „am Fuße des Berges“, einem 4000-Einwohner-Dorf im gebirgigen Norden Guatemalas. Dort haben zwei belgische Hebammen vor rund 10 Jahren die NGO „Vivir en amor“ gegründet, um eine Basis-Gesundheitsversorgung der lokalen Bevölkerung sicherzustellen. Nach neun Semestern Medizinstudium reizt uns die Möglichkeit, all das theoretisch erworbene Wissen einmal sinnvoll anwenden zu können und nach vier Wochen Sprachkurs in der malerischen und sehr an Touristen gewöhnten alten Kolonialstadt Antigua im Süden des Landes fühlen wir uns ausreichend akklimatisiert um die Zeit in der kleinen Klinik zu beginnen.

Endlich angekommen sehen wir die bunte Klinik auf der anderen Seite der Wiese liegen, aber uns bleibt nur wenig Gelegenheit für einen großen Empfang durch die anderen „Voluntarios“: Wir wollen die noch verbleibende Stunde Tageslicht ausnutzen, um uns im Freiwilligen-Haus „Casa Canela“ einzurichten. Uns erwarten ein mit Holzwand und Vorhang abgetrennter Verschlag zum Schlafen für jeden, eine Blechkiste für die Lebensmittel („Die werden sonst sofort von den Tieren aufgefressen!“), ein großer Holztisch, kein Strom, aber zwei Gasplatten zum Kochen nebst Tonfilter für die Wasseraufbereitung und der einzige Wasserhahn ragt aus Plastik aus dem Lehmboden vor der Haustür: Kein Luxus, aber dem haben wir ja auch bewusst für einige Zeit den Rücken gekehrt, dafür eine gemütliche neue Heimat auf Zeit mit einer Hängematte vor der Tür und einer vom Hügel sehr idyllischen Aussicht über das Dorf.

Direkt am nächsten Tag, Sonntag, müssen wir früh morgens los, um uns auf dem Markt im anderthalb Stunden Fußmarsch entfernten Ixquisis mit Lebensmitteln für die kommende Woche einzudecken. Wir kaufen alles, was es an Vegetarischem zu kaufen gibt (Die mit Fliegen besiedelten Hühnchenschenkel in der Sonne lassen wir aus und können uns auch nicht dazu durchringen, ein lebendes Schlachthuhn zu kaufen). Es bleiben 2,5 kg Kartoffeln, 1 kg Tomaten, 2 Gurken, 2 Mangos, ein Kohl, ein halbes Kilo Zwiebeln, ein halbes Kilo Bohnen, zehn Bananen, zehn Limetten, Erdnüsse, süßes Brot, Chilis, eine Sardinendose, fünf Geschirrhandtücher und ein guatemaltekisches Tragetuch das wir auf unseren Rücken 90 Minuten durch die zwar wunderschöne Landschaft, dafür aber mit der Mittagssonne quasi im Zenit zurücktransportieren.

Die Klinik

Eigentlich hatten wir abgesprochen, dass wir mit der Einarbeitung in der Klinik erst am Montag beginnen würden und so sind wir noch völlig entspannt und unvorbereitet, als Ilse, ihres Zeichens belgische Hebamme und aktuell Koordinatorin in Yalanhuitz, in den ersten Versuch platzt, ein Lebenszeichen über das Solarzellen- und Satelliten-betriebene Internet nach Hause zu schicken: „Hay una emergencia! Quatros hombres sangrandos!“ (Ein Notfall, vier blutende Männer!). Im Sprechstundenraum angekommen kristallisiert sich aus dem ersten Chaos von vier blutigen Männern heraus: Drei Platzwunden, eine offene Unterarmfraktur, ein Pneumothorax mit gebrochenen Rippen und Weichteilemphysem und viele Prellungen. Bettina, die in Guatemala-Stadt zum Glück schon viel Erfahrung in der Akut-Versorgung gesammelt hat, während Juli und ich noch Spanisch lernten, näht und näht, aber letztlich erweist es sich als größte Schwierigkeit, die beiden am schwersten Verletzten zu überzeugen, dass sie die Fahrt in die fünf Stunden entfernte Klinik nach Huehuetenango antreten müssen. Angehörige und Nicht-Angehörige spazieren hartnäckig von draußen ins Behandlungszimmer, bringen Essen und Trinken und sind nur schwer aus dem 15qm-Raum herauszubekommen.

Zum Glück bleibt dies der erste und einzige schwere Unfall während unserer Zeit und eine beispielhafte Sprechstunde sieht eher so aus:

Eigentlich war der Tag bisher eher entspannt, wir haben gerade keine Patienten, waschen Wäsche hinter der Klinik, kümmern uns um die kleinen Hundebabys, die während unserer

links: Malende Kinder
unten: Consulta

Zeit in der Klinik zur Welt gekommen sind und sehen den Mädchen zu, die an der Tür mit Buntstiften, die wir ihnen leihen und die sie zu Hause nicht haben, die immer gleichen Blütenranken malen.

Klopf klopf – es una consulta? Die matschigen Plastikschuhe müssen vor der Tür bleiben und die nackten Füße hinterlassen braune Streifen im frisch geputzten Sprechstundenraum. Zunächst hegen wir noch die Hoffnung, dass nur ein Mitglied der vierköpfigen Familie, die nun vor uns sitzt ein gesundheitliches Problem hat. Kleiner Junge: „Cual es su nombre“ – Oehh... Juan Juan Pedro? No, es su hermano (das ist sein Bruder)... Mateo Federico Juan vielleicht? Ja, das ist er und uns wundert auch nicht, dass er und sein Bruder grundsätzlich verschiedene Namen haben: Hier hat jeder drei Vornamen, Nachnamen sind unüblich. Sein Geburtsdatum? Nach einer Minute Diskussion zwischen den Eltern: Er ist 5 Jahre alt. Das stimmt dann auch (+/- 1 Jahr) mit unserer Akte überein. Und was ist sein Problem? „Tiene diarea“ (Er hat Durchfall) – Nach dieser typischen Antwort fragen wir genauer: Welche Farbe hat der Durchfall, ist er gelb? – Si! – Ist er mit Schleim? – Si! – Mit Blut? – Si! – Oh, das ist ja wie im Lehrbuch! Wir wollen schon das Mittel gegen Amöben aus dem Regal holen, als wir noch ein paar Details abfragen: Wann hat der Durchfall angefangen – Si! – Wie oft muss das Kind zur Toilette? – Si! – Welche weiteren Symptome hat das Kind? – Si! – ...

Oh nein... Ma-ri-a!!! Verdammt... Maria (Örtliche Hebamme, Übersetzerin der beiden lokalen Maya-Sprachen Kanjobal und Chuj und in der Klinik Hilfe für alles) ist nicht da! Also versuchen wir, uns mit Hilfe der körperlichen Untersuchung einer möglichen Diagnose zu nähern. Häufig bleibt uns aber zunächst nur übrig, das Bilderrezept für die Rehydratationslösung mitzugeben und die Bitte um die Abgabe einer Stuhlprobe in Filmdöschen.

Da fügt die Mutter hinzu: Für meine Tochter möchte ich auch noch eine Consulta. Die ist 15 Jahre alt, seit etwa 3–6 Monaten hat sie keine Regelblutung mehr gehabt und ist damit jetzt zum ersten Mal zur Kontrolle bei uns. Die Schwangere selbst berichtet, dass sie Kopfschmerzen hat und wir ahnen schon, dass ihr Blutdruck zu niedrig und ihr Puls hoch ist und sie wahrscheinlich mehr als ein halbes Glas Wasser pro Tag trinken sollte. Wir beenden die Consulta mit der obligatorischen Vitamingabe an die Schwangere und wollen uns schon von der Familie verabschieden, als der Vater sein Hosenbein hochzieht und uns einen Blick auf eine offene Wunde an seinem Unterschenkel werfen lässt: Er hat sich heute morgen bei der Arbeit mit der Machete auf dem Feld verletzt und weil er nicht direkt kommen konnte, hat er die Blutung mit einem Büschel aus Haaren gestillt. Oh... Na gut, wir entfernen die Haare, versuchen zu erklären, dass beim nächsten Mal ein Verband mit einem Tuch besser wäre, wir desinfizieren und nähen und lassen uns zu guter Letzt alle Consultas mit einem offiziellen Fingerabdruck für das Gesundheitsministerium bestätigen.

Ein Blick vor die Tür bestätigt: Das war der letzte Patient und wir machen uns auf den Weg, um den Tag in der Casa Canela mit Tortillas und Frijoles (brauner Bohnenpaste) und vielleicht einer Dose des hier eigentlich illegalen, aber in direkter Nachbarschaft zum Bürgermeister verkauften Biers ausklingen zu lassen.

Auch wenn nicht alle Sprechstunden einfach waren und ich mir manchmal einen erfahrenen Arzt herbei gewünscht hätte: Im Großen und Ganzen möchte ich die Yalanhuitz-Erfahrung auf keinen Fall missen und inzwischen werde ich direkt wehmütig, wenn mein MP3-Player auf dem Weg ins Münsteraner Krankenhaus anfängt: „Si tu supieras cuanto yo a ti te amo…!“

- Über den BVMD (Bundesvertretung der Medizinstudent/innen in Deutschland) besteht für Medizinstudent/innen die Möglichkeit sich als Freiwillige für verschiedene Public-Health-Projekte weltweit zu bewerben. In der Regel ist eine Teilnahme von mindestens einem Monat gefordert, bei „Vivir en amor“ sind es zwei.
- **Mehr Infos unter: www.bvmd.de**

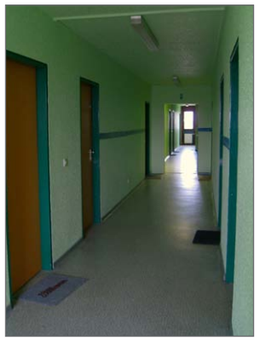
Einzelhaft mit Gemeinschaftsküche?

Soziales Leben in Münsters Wohnheimen

Text und Fotos von Tine Albrecht

Es gibt viele Alternativen zum Wohnen bei Mutti in trauter familiärer Umgebung. Die Suche nach einer geeigneten Bleibe wird nicht nur durch den Inhalt des Geldbeutels bestimmt, sie hängt auch stark davon ab, inwiefern man bereit ist, sein individuelles Wohnen als Teil einer Gemeinschaft zu gestalten. Das Leben in Wohnheim ist bei vielen als eine Art Einzelhaft verschrien, die nur wenig Raum für kommunikativen Austausch und für soziale Aktivitäten bietet – ein Vorurteil?

Isolierte Zimmer ...



... einsame Flure ...

... und niemand da im Gemeinschaftsraum? – Das ist nicht immer so!

Tagsüber herrscht eigentümliche Stille im Gebäude D des Gescherwegs 78. Die Flure wirken wie leergefegt. Ayse schreibt an ihrer Diplom-Arbeit. Sie wirkt überrascht, als ich bei ihr anklopfe, bittet mich jedoch sogleich zu einem Tee herein. Während ich mit der dampfenden Tasse auf ihrem Sofa sitze, berichtet sie mir von ihrer Sehnsucht nach dem turbulenten Familienleben mit den 5 Geschwistern.

„Hier bleiben die meisten lieber für sich und es ist ungewöhnlich, dass sich neue Mitbewohner vorstellen.", meint sie.

Kein Wunder. Schließlich ist in dem Einzelapartment alles eingebaut, was ein/e Student/in im Alltag benötigt: Nasszelle, Kühlschrank, Kochnische, Arbeitsplatz und Bett.

In der Steinfurter Straße sieht das anders aus. Hier teilen sich jeweils etwa zehn Student/innen Toiletten und Duschen; außerdem gibt es eine Gemeinschaftsküche. Da trifft man sich schon mal auf ein Bierchen, berichtet ein langjähriger Bewohner. Er studiert Jura im zwölften Semester und hat regelmäßig Kontakt zu seinen Mitbewohnern. „Die Atmosphäre ist im Allgemeinen locker.", beurteilt er die Stimmungslage in seinem Flur. Gemeinsames Kochen sei zwar eher eine Seltenheit, aber gemeinsame Partys, die gäbe es schon – ebenso wie die eingefleischten Eigenbrötler, die „nur für sich auf ihrem Zimmer hocken."

Und wie sieht es mit der Lärmbelastung durch die Anderen aus? „Naja, es sind hier halt Studentenbuden und keine Zimmer im Altersheim", meint er lachend, „aber insgesamt geht man doch sehr rücksichtsvoll miteinander um."

Gerade für ausländische Studierende kann das Wohnheim ideal sein, um Anschluss zu finden. „Letztes Jahr hatten wir hier drei Brasilianerinnen, die gemeinsam mit uns gekocht und gefeiert haben".

Im Gescherweg wird es am Abend laut. Der Geruch nach Angebratenem zieht durch die Flure. Wok süß-sauer mischt sich mit Spiegelei und Bratkartoffeln, Bolognese und Indischer Reispfanne.

Bei Shiva, Krishna und Mohan ist gemeinsames Kochen angesagt. Die FH-Student/innen teilen sich eine der Mehrraumwohnungen, die das Studentenwerk vermietet. Sie haben mindestens ebenso engen Kontakt zueinander wie in einer WG. Vermutlich verbringen sie sogar mehr Zeit miteinander als es unter WGlern üblich ist – denn welche WG kocht, wäscht, putzt und kauft schon in der Regel gemeinsam ein?

Spätabends schaut bei den Dreien häufig ein Kommilitone vorbei, der ein Stockwerk tiefer in einem Einzelapartment wohnt.

Spontane Treffen und Gespräche auf dem Flur, gemeinsame Verabredungen und organisierte Filmabende – die Möglichkeit aus der Einzelhaft auszubrechen besteht für jeden. Mit der richtigen Einstellung können die Bewohner aus ihrer Koexistenz im Wohnheim soziale Netzwerke knüpfen, aus denen langjährige Freundschaften entstehen.

Baracke fällt Abrissbirne zum Opfer – Neubau für Ende 2010 geplant

von Andreas Brockmann | Fotos: Daniel Halkiew / WWU

Ihren 20. Geburtstag wird die Baracke wohl nicht mehr feiern können. Denn spätestens dann wird, wenn alles glatt läuft, das Gebäude an der Scharnhorststraße dem Boden gleichgemacht und ein etwa gleich großer Neubau in Modulbauweise entstanden sein. Die erfreuliche Nachricht für den AStA: Die Kosten von rund 230.000 Euro werden zum überwiegenden Teil vom Bau und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes Nordrhein-Westfalen als Eigentümer der Immobilie getragen, den Rest steuert die Universität bei. Ebenso trägt die Universität – wie bisher – die Miet- und die laufenden Kosten. Die Überlassung gilt zunächst für fünf Jahre, der AStA übt das Hausrecht aus und haftet für eventuell entstehende Schaden.

Dass es doch noch zu einer Lösung um den Erhalt der Baracke kommen konnte, die sowohl die Studierendenvertretung als auch das Rektorat letztlich als befriedigend empfinden, war dabei alles andere als selbstverständlich! Denn der Vereinbarung um den nun geplanten Abriss der Baracke und den darauf folgenden Neubau ging ein jahrelanger Kampf um den Erhalt des Gebäudes voran, das neben den Arbeiten der Fachschaften Soziologie und Politik auch als studentisch-alternatives Kulturzentrum mit Konzerten und Partys genutzt wurde. So stand die Baracke immer wieder kurz vor dem Abriss und das Rektorat der Uni Münster zeigte lange Zeit keine Bemühungen, sich für dieses Gebäude einzusetzen. Renovierungskosten in Höhe von 80.000 bis 100.000 Euro sei Geld, das „nicht für die Art von Nutzung ausgegeben" werden wolle, so Baudezernent Greshake in der MZ vom 09. April 2008. Denn schließlich, so stellte das Rektorat unmissverständlich klar, sei es „nicht Aufgabe der Universität, freien und alternativen Kulturgruppen kostenlos Räumlichkeiten und Universitätsgebäuden anzubieten" (upm 18. April 2008). Verwiesen wurde stattdessen immer wieder auf die vorherrschende Raumknappheit an der Uni sowie auf leer stehende Räume im benachbarten Hauptgebäude.

Doch plötzlich sponsort das Rektorat (teilweise jedenfalls) dem AStA den Neubau der Baracke, übernimmt sämtliche Miet-, Neben- und Instandhaltungskosten und schafft damit einen neuen kulturellen Raum für Studierende.

Wir wollten daher wissen: Frau Nelles, wie kam es zu dieser plötzlichen Meinungsänderung? Hierzu Frau Prof. Ursula Nelles, Rektorin der Uni Münster:

„Von einer ‚plötzlichen Meinungsänderung' kann keine Rede sein. Die Vereinbarung zwischen Rektorat und AStA hat vielmehr eine lange Vorgeschichte:

Nach der Schlossbesetzung im Sommer 2006 gaben die damaligen Besetzer das Schloss frei und besetzten stattdessen die sogenannte Baracke. Diese wurde seitdem durch ein so genanntes „Barackenplenum" verwaltet, also durch eine unbestimmte Anzahl wechselnder Personen ohne Mandat und ohne Legitimation. Da es in der Tat ‚nicht Aufgabe der Universität ist, freien und alternativen Kulturgruppen kostenlos Räumlichkeiten und Universitätsgebäude anzubieten', war dieser Zustand rechtswidrig. Der Abriss der ohnehin abbruchreifen Baracke war und ist die naheliegende Option.

Die verfasste Studierendenschaft ist hingegen eine ‚rechtsfähige Gliedkörperschaft der Hochschule' (§53 Abs. 1 S. 2 HG NRW), die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben Räume beanspruchen kann. Das ist bisher auch stets geschehen: Das Kavaliershäuschen ‚links vom Schloss' ist seit vielen Jahren das AStA-Haus, und den Fachschaften werden Räume in ihren jeweiligen Fachbereichen zur Verfügung gestellt. Nun sind nicht nur die gesetzlichen Aufgaben der Universitäten gestiegen, sondern auch die der verfassten Studierendenschaft. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass damit erhöhter ein Raumbedarf einhergeht.

Deshalb hat das Rektorat dem damaligen AStA bereits im Winter 2007 Verhandlungen über den möglichen Neubau der Baracke angeboten. Dazu sollte der AStA ein Nutzungskonzept vorlegen und eine Vereinbarung über die Überlassung zusätzlicher Räume entwerfen. Die Universität – das Baudezernat – sollte mit dem Grundstückseigentümer, dem ‚Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen' (BLB), Verhandlungen über einen mietkostenneutralen Abriss und Neubau führen. Der Fortgang verzögerte sich auf der einen Seite durch den Wechsel des AStA im April 2008. Immerhin wurde im Herbst 2008 ein Nutzungskonzept vorgelegt, das aus Sicht der Universitätsleitung tragfähig war. Auf der anderen Seite verliefen die Abstimmungen mit dem BLB und die Prüfung von Alternativen zäher als erwartet.

Kurz vor Abschluss der Verhandlungen wurde im Mai 2009 ein neuer AStA gewählt, der allerdings in dieser Angelegenheit vollkommen untätig blieb. Deshalb entschloss sich das Rektorat im August 2009, dem AStA vor einem möglichen Abriss eine letzte Nachfrist für die Abgabe eines Nutzungskonzepts zu setzen. Die Verhandlungen über die vorgelegten, aber unzureichenden Entwürfe wurden durch die Neuwahlen zum Studierendenparlament und die überraschend schnelle Wahl des jetzigen AStA überholt.

Der neue AStA hat, erfreulich zupackend, umgehend ein schlüssiges Konzept vorgelegt und eine tragfähige Vereinbarung vorgeschlagen, die eben deshalb jetzt unterschrieben werden konnte."

Gebühren schaffen sich nicht von selbst ab!

Geschichte der Studiengebühren in NRW

von Kurt Stiegler | Foto: Florian Daiber

Am 25.04.2002 beschloss der Deutsche Bundestag eine lang erwartete und hart umkämpfte Novelle des Hochschulrahmengesetzes. Wesentlich war in ihr das Verbot von Studiengebühren im ersten berufsqualifizierenden Studium. Gerhard Schröder hatte die Novelle beim Regierungsantritt 1998 bereits versprochen. Edelgard Bulmahn, die damalige Bildungsministerin, konnte sich allerdings nur zum Teil durchsetzen, denn ein generelles Studiengebührenverbot scheiterte insbesondere am Widerstand der Länder. Thomas Oppermann, der damals das Amt des niedersächsischen Wissenschaftsministers der SPD innehatte, begann bereits kurz nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung Studiengebühren zu diskutieren. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) wurde 1999 geboren.

Die Einführung von Langzeitstudiengebühren

Drei Wochen später sprachen sich der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, und sein Finanzminister, Peer Steinbrück für die Einführung von Langzeitstudiengebühren in Höhe von 650 Euro aus. Die Asten waren mehr als geschockt, geradezu paralysiert. Niemand wollte so recht glauben, dass die rot-grüne Landesregierung in NRW Langzeitstudiengebühren einführen wollte. Die Gebühren hatten auch überhaupt keinen bildungspolitischen Hintergrund – sie sollten lediglich ein Haushaltsloch von 137 Millionen Euro stopfen. Die rot-grüne Landesregierung war überrascht von den heftigen Protesten: Nach dem Motto: „Wer jetzt nicht handelt, wird verkauft!" versammelten sich in Düsseldorf über 35.000 Studierende. Das führte zunächst dazu, dass niemand mehr (bis auf den Finanzminister) Langzeitstudiengebühren vertrat.

Hiermit war die Diskussion allerdings nicht zu Ende. Insbesondere die Grünen vertraten ein Modell, das später unter dem Namen „Studienkonten" bekannt werden sollte. Dieses Modell sah vor, dass Studierende ein Studienguthaben besitzen, welches sie innerhalb der 1,5-fachen Regelstudienzeit verbrauchen können – entsprach der Kontostand einem Guthaben von 0 Semestern, wurden 650 Euro Studiengebühren pro Semester fällig. Neben den Studiengebühren sah der Finanzminister weiterhin eine Einschreibegebühr von 50 Euro vor, sowie die Kürzung des allgemeinen Zuschusses bei den Studentenwerken in NRW.

In der Anhörung zum Studienkonten und -finanzierungsgesetz wurde deutlich, dass die Einschreibegebühren von 50 Euro rechtlich nicht haltbar wären, da sie dem Aufwand der Einschreibung nicht entsprechen würden. Außerdem war aus rechtlicher Sicht die Einführung von Studiengebühren im Jahre 2003 nicht möglich, da diese mit dem Vertrauensschutz der Studierenden, die ja unter der Bedingung der Gebührenfreiheit ihr Studium aufgenommen hatten, nicht vereinbar sei. Nachdem Wolfgang Clements 2002 nach Berlin gegangen war, entschied sich der neue Ministerpräsident Steinbrück für die Einführung von Studienkonten im Jahr 2004.

Hochschulbildung wurde zum ersten Mal in der Geschichte der BRD als knappe Ressource verstanden, für die die Studierenden bezahlen sollten. Dieser Paradigmenwechsel fand in der rot-grünen Koalition damals breite Zustimmung. Sie verkaufte das Studienkontenmodell nicht als Kompromiss, sondern als sinnvollen Beitrag zur Hochschulfinanzierung und verteidigte es hartnäckig. In gewisser Hinsicht war das Studienkontenmodell in NRW ein Dammbruch, denn es stellte die künstliche Verknappung von Bildung dar. Ein wesentlicher Gesichtspunkt, der eben auch für allgemeine Studiengebühren gilt. Somit war der erste Schritt zur Einführung allgemeiner Studiengebühren getan.

Wegbereitung für allgemeine Studiengebühren

Am 26.01.2005 entschied das Bundesverfassungsgericht auf Antrag einiger unionsgeführter Länder, dass die Bundesregierung den Ländern nicht verbieten könne, allgemeine Studiengebühren einzuführen. Damit war der Weg endgültig frei.

Die siegreichen Unionsländer interpretierten das Urteil am 19.3.2005 in einem Eckpunktepapier. Hiernach sollte die Obergrenze von Studiengebühren 500 Euro betragen und sollten durch Darlehen abgefedert werden. Im Wesentlichen funktionieren auch heute noch alle existierenden Studiengebührenmodelle in Deutschland nach diesem Prinzip.

Einführung allgemeiner Studiengebühren in NRW

Als in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder eine schwarz-gelbe Koalition regierte, begann die Diskussion um allgemeine Studiengebühren für uns konkret zu werden. Die FDP forderte mit ihrem neuen Innovationsminister, Andreas Pinkwart, sofort deren Einführung.

Die Vorstellung, der Staat habe seine Hochschulen ausreichend zu finanzieren, wich schnell dem Gedanken, dass Studierende Bildung als konsumierte Dienstleistung selber zahlen sollten. Damit wurde die Frage der Hochschulfinanzierung unmittelbar mit Studiengebühren verknüpft. Hochschulbildung hatte nun keinen gesamtgesellschaftlichen Wert mehr, sondern wurde als Privateigentum, förderlich nur für die persönliche Karriere, propagiert. Somit erscheint es gerecht, wenn nun die einzelne Studentin oder der einzelne Student anstelle des Staates für den Ausbildungsbetrieb Hochschule aufkommt.

Andreas Pinkwart verkaufte die allgemeinen Studiengebühren auf diese Weise als Verbesserung der Lehre.

Der Innovationsminister machte sich allerdings einen schlanken Fuß und überließ die Einführung und die damit zu erwartenden sozialen Auseinandersetzungen den einzelnen Hochschulen. Fast alle Hochschulen führten daraufhin Studiengebühren in maximaler Höhe von 500 Euro ein.

Während der Einführungsphase kam eine neue Aktionsform auf – die Rektoratsbesetzung. Zuerst erprobt in Köln breitete sie sich schnell aus und schnell verschärften sich die Proteste – so wurde der Senat der Uni Münster mehrfach während seiner Sitzungen gesprengt und in Bielefeld brannte bald darauf das Auto des Rektors.

Die Form der Einführung dividierte Studierende, Rektorate und Senate systematisch weiter auseinander. Studierendenproteste werden seitdem schnell als Angriff auf die öffentliche Ordnung wahrgenommen und im Zweifel mit Polizeigewalt bekämpft.

Klagen gegen Studiengebühren

Klagen gegen Studiengebühren blieben weitgehend erfolglos. Die Studierenden stützten sich im Wesentlichen auf den UN-Sozialpakt, der eine „allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit der Hochschulbildung" verspricht. Der Streit unter Juristen fragt, ob der Pakt nur programmatisch gemeint oder unmittelbar geltendes Bundesgesetz sei, aus dem sich ein Studiengebührenverbot ergibt. Bis jetzt ist die Meinung der Gerichte bis hin zum Bundesverwaltungsgericht eindeutig zu Ungunsten der Studierenden ausgefallen. Interessant ist an dieser Stelle zu bemerken, dass der UNO-Ausschuss, der die Einhaltung des Paktes überwacht, der Meinung ist, dass deutsche Jurist/innen nicht ausreichend im Völkerrecht ausgebildet seien.

Auch bei der Einführung von allgemeinen Studiengebühren in NRW wurde der Sozialpakt natürlich thematisiert und zwar bei der öffentliche Anhörung des „Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetzes". Prof. Pierot aus Münster vertrat die Auffassung, dass allgemeine Studiengebühren mit dem Pakt vereinbar seien, allerdings dürften die Zinsen für die Studiengebühren-Darlehen nicht zu hoch sein, da die Darlehensnehmer gegenüber den direkt bezahlenden Studierenden sonst benachteiligt wären. Dieses von der SPD in Auftrag gegebene Gutachten führte dazu, dass die SPD nicht wie versprochen vorm Landesverfassungsgericht gegen Studiengebühren klagte. Als Begründung gab man an, Studiengebühren nicht zementieren zu wollen, wie Hannelore Kraft dem AStA der Uni Münster auf Anfrage im August 2006 mitteilte.

Die letzte Klage ist noch vom Bundesverfassungsgericht abhängig. Wie sich aber in Hessen gezeigt hat, scheinen politische Proteste einen vielversprechenderen Weg zur Abschaffung allgemeiner Studiengebühren zu sein als der juristische. Dort hatten Demonstrationen, Autobahnblockaden, Studiengebührenboykott und eine Popularklage, unterschrieben von hessischen Bürgern, letztlich einen erfolgreichen Druck auf die Parteien im Land ausgeübt.

Wie es nach der Wahl weitergehen könnte

Einfach wird der Blick in die Kristallkugel, für den Fall, dass CDU und FDP weiterhin die Regierung stellen – dann nämlich bleibt alles wie gehabt.

Mehrere Parteien geben aber vor, Studiengebühren nach gewonnener Wahl schnellstmöglich oder halt erst 2013 wieder abzuschaffen. So zum Beispiel die Linke. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass sie es sind, die die nächste Regierung stellen, versprechen sie uns allen ganz die Studiengebühren ganz schnell wieder abzuschaffen.

Auch die Grünen haben ausnahmsweise und aus Angst, die Wählergunst auf immer zu verlieren, einen Gesetzesentwurf eingebracht. Dieser beinhaltet die sofortige Abschaffung von Studiengebühren, allerdings schließen sie gleichzeitig eine Koalition mit der CDU ausdrücklich nicht aus.

Für ziemliche Aufregung haben die Äußerungen der Spitzenkandidatin der SPD, Hannelore Kraft, gesorgt. Sie möchte die Studiengebühren schrittweise abschaffen. So sollen diese langsam abgesenkt werden, damit den Hochschulen eine staatliche Gegenfinanzierung zur Verfügung gestellt werden kann. Das hört sich zunächst einmal gut an, der Teufel steckt hier aber im Detail. Frau Kraft behauptet, das Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz würde bereits 2010 durch den Landtag abgeschafft werden. Faktisch existieren Studiengebühren aber weiter bis 2013, da man das Geld, welches derzeit durch Studiengebühren eingenommen wird gegenfinanzieren will und dafür braucht man zunächst ein Konzept. Gäbe es dieses bereits und die designierte Ministerpräsidentin wüsste woher sie dieses Geld nehmen könnte, so bräuchte es keine schrittweise Abschaffung. Der Verdacht liegt also nahe, dass ein Finanzierungskonzept noch nicht vollständig ausgearbeitet ist. Wäre dem so, so eröffnete es die politische Option, jederzeit behaupten zu können, dass eine komplette Abschaffung der Studiengebühren aus finanziellen Gründen leider nicht möglich sei. Hieraus wird ersichtlich, dass sich die SPD immer noch nicht davon gelöst hat, Studiengebühren und Hochschulfinanzierung aneinander zu koppeln.

Wir wollen Studiengebühren aus sozialpolitischen Gründen abschaffen. Die Frage, ob Hochschulen unterfinanziert sind, ist eine ganz andere. Wenn man es aber auf diese Weise miteinander verbindet, könnte der Eindruck entstehen, dass man es zwar versuchen möchte aber dass, wenn die Mittel nicht ausreichen, Studiengebühren erhalten bleiben, da sie nach wie vor als opportunes Mittel zur Finanzierung der Lehre erscheinen.

Wie die Chronologie gezeigt hat, trug jede, zu der Zeit im Landtag vertretende Partei ihren Teil zur Einführung von Studiengebühren bei. Was aus den aktuellen Wahlversprechen nach der Koalitionsbildung und dem Eingeständnis diverser Sachzwänge wird, steht in den Sternen.

Eins sollte klar sein – Studiengebühren schaffen sich nicht von selbst ab! Studierende können sich nur auf sich selbst verlassen, Parteien brauchen öffentlichen Druck um Veränderungen herbeizuführen.

The Dishwasher

Das erste Magazin für studierende Arbeiterkinder

von Andreas Kemper

Seit Januar 2010 geben wir vom „Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende" das Magazin „The Dishwasher – Magazin für studierende Arbeiterkinder" heraus. Parallel dazu wurde ein Blog eröffnet, welches täglich aktualisiert wird und inzwischen über 80 Beiträge und 300 Kommentare zum Themenfeld klassenspezifische Bildungsbenachteiligung enthält.

Das „Arbeiterkinder-Referat"

2003 wurde während einer Vollversammlung von „studierenden Arbeiterkindern" das erste Referat für eben diese Gruppe errichtet. Bis dato gab es in Münster und anderen Universitätsstädten nur Antidiskriminierungs-Referate für Frauen, Schwule, Lesben, behinderte und chronisch kranke Studierende und ausländische Studierende. Obwohl die soziale Herkunft eines der wesentlichen Merkmale für eine Benachteiligung im Bildungssystem ist, waren die Betroffenen bis dahin nicht in der selben Weise organisiert wie andere von Diskriminierung betroffene Gruppen. Unter anderem hatte dies als Effekt, dass Ende der 1990er Jahre in Amsterdam die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU mit einem Katalog beschlossen wurden, aus dem als einzige Diskriminierungsform die „Soziale Herkunft" herausfiel. Damals engagierte Aktivisten/innen von der „Hosi" aus Wien und Parlamentarier von „Groen-links" aus Amsterdam bestätigten mir, dass nur über eine Wiederaufnahme der Diskriminierungsgründe Alter, Sexuelle Orientierung und Behinderung gesprochen wurde, nicht aber über eine Wiederaufnahme der aus dem Katalog gefallenen Kategorie „Soziale Herkunft", weil es keine Gruppe gegeben hatte, die gegen diese Diskriminierungsform als Selbsthilfegruppe oder Lobby auftrat. Nun haben wir europaweit Antidiskriminierungsgesetze, die Soziale Herkunft als Diskriminierung systematisch ignorieren und wie die deutsche Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu den Diskriminierungsformen forschen lassen, die im Gesetz stehen mit dem Effekt, dass beispielsweise eine Studie „Diskriminierung an Hochschulen" in Auftrag gegeben wurde mit einer Zielvorgabe, die Soziale Herkunft als Diskriminierungsgrund ignoriert. Dies ist absurd und zeigt, wie wichtig die Organisierung von Arbeiterkindern im Bildungssystem ist.

Inzwischen arbeiten wir mit der lokalen Gruppe von Arbeiterkind.de zusammen und machen einmal monatlich einen Stammtisch mit einem subventioniertem Essen und einem Themenschwerpunkt. Ihr seid hierzu genauso gerne eingeladen wie zu unseren im Sommer stattfindenen Expertenvorträgen zum Thema „Diskriminierung" und den drei Praxis-Workshops für studierende Arbeiterkinder. Die Termine könnt ihr auf unserer Website nachlesen.

Im Juni findet die nächste Vollversammlung statt. Sehr wahrscheinlich werden zwei Viertelstellen frei, auf die ihr euch bewerben könnt. Voraussetzung: ihr seid Studierende mit einer sogenannten „niedrigen sozialen Herkunft", also ihr habt das Gefühl, selber zu dieser Gruppe zu gehören. Referenten/innen sind für die Zeit ihrer Tätigkeit von den Studiengebühren befreit und erhalten eine Aufwandsentschädigung.

Das Arbeiterkinder-Blog „The Dishwasher"

Das Magazin und Blog „The Dishwasher" war schon lange in Planung. Gleich in seinen ersten Tagen wurde das Blog mehrere tausendmal täglich angeklickt und inzwischen berichteten die Frankfurter Rundschau, Das Neue Deutschland, die Süddeutsche Zeitung und die taz mit längeren Artikeln über unser Engagement. Thema der ersten Druckausgabe war „Eltern". Die zweite Ausgabe ist gerade in Planung. Im Blog berichten wir über neue Studien zur Bildungsbenachteiligung und politische Aktivitäten. Ein besonderes Anliegen ist uns die Rubrik „Erfahrungsberichte". Wir möchten gerne von euch studierenden Arbeiterkindern bzw. Studierenden, deren Eltern keine oder nur wenige Bücher zuhause haben oder die nicht studiert haben oder über wenig Geld verfügen, Erfahrungen hören. Schreibt uns eure Geschichte oder auch nur kleine Anekdoten. Diese Geschichten führen oft zu einem befreienden Aha-Erlebnis: „Ja, so war es bei mir auch und ich dachte immer, ich stände damit alleine!" Oder diskutiert einfach mit. Zum Beispiel bei unserem „Call for Meinung" zum aktuellen Stipendienentwurf, zu den Fragen, ob arme Schüler/innen für gute Schulnoten Geld vom Staat erhalten sollen, zum Hamburger Schulstreit, zur These der „Vererbung von Intelligenz" und „Reduzierung von Unterschichtskindern", zur marxistischen Theorie oder Pierre Bourdieu oder einfach zu den Erfahrungsberichten in der Schulzeit, dem Studium, dem akademischen Freundeskreis, der irgendwie anders ist.

Call for Paper: Race, Class, Gender und Intersektionalität

Als Themenschwerpunkt der zweiten Ausgabe werden wir die Überschneidung von Diskriminierungsformen im Bildungssystem setzen. Es gibt bereits Artikel, aber noch ist Platz und Zeit für Artikel von euch. Schreibt was zu den Themen „Studieren als türkische Arbeitertocher" oder wie es ist, als schwuler Student seine Hetero-Arbeiterfamilie zu besuchen. Besonders hat uns gefreut, dass wir ein Exklusivinterview von Gabriele Winker und Nina Degele den Autorinnen des Buches „Intersektionalität" erhalten. Und einige Studierende boten sich spontan an, bei der Erstellung der neuen Ausgabe zu helfen, u.a. beim Layout, was auch bitter nötig ist. Auch die neue Ausgabe wird an verschiedenen Orten in Münster ausliegen und im Blog erscheinen.

▶ Hier unsere Erreichbarkeit:

AStA-Fikus-Referat
Schlossplatz 1
48149 Münster
asta.fikus@uni-muenster.de

Fikus-Website
http://www.asta.ms/home/referate/64-fikus

Dishwasher-Blog
http://dishwasher.blogsport.de

Einer unserer Lehrer

Kleiner Nachruf auf Dieter Keiner

von Jens Kastner

Robert Menasses wunderbarer Roman „Die Vertreibung aus der Hölle" kreist auf verschiedenen Ebenen um eine entscheidende Frage: Wer waren unsere Lehrer? Bei Menasse geht es u.a. um die Alt-Nazis, die noch die österreichischen Post-68er/innen prägten. Glaubt man nicht an das automatische Abtropfen kritischen Bewusstseins aus den Flussläufen der Geschichte oder die mobilisierende Entfaltung linken Aktivismus´ aus den Gegebenheiten objektiver Klassenlagen, dann ist die Menasse´sche Frage eine immer relevante auch für all jene, die den gesellschaftlichen Status Quo nicht lieben. Auch ein Nicht-Einverständnis muss ausgebildet werden.

Einer meiner Lehrer, Dieter Keiner, starb am Montag, den 28.12.2009 nach langer Krankheit 69-jährig in Münster. In der Münsteraner radikalen Linken, denke ich, nahm Dieter Keiner eine Sonderstellung ein: Denn ich kenne eigentlich kaum jemanden im Kreise meiner Politkreisfreundinnen und -freunde der 1990er Jahre, der oder die nicht bei ihm ein Seminar oder mehrere belegt hatte. Dieter Keiner war am Institut für Erziehungswissenschaft der WWU ab 1971 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter, ab 1973 dann als Akademischer Oberrat tätig. Er war einer jener Intellektuellen, die sich stets um die Rolle der Intellektuellen in der kapitalistischen Gesellschaft sorgte und der sich nicht zu schade war, auf den überschaubaren Demos in der westfälischen Provinzmetropole mitzulaufen oder als Redner aufzutreten. Dieter Keiner war auch stadtpolitisch aktiv als Kolumnist für den auflagenstarken Münsteraner Veranstaltungskalender na dann, bis die Anzeigenkund/innen sich wegen der Nestbeschmutzung bei der Redaktion beschwerten und ihm gekündigt wurde. Er war ein unipolitischer Querulant im produktivsten Sinne und früher Gegner der neoliberalen Uni-Reformen. Er war Genosse und akademischer Ratgeber vieler Münsteraner Linker meiner Generation. Als solchen traf ich ihn zuletzt vor Jahren im von ihm mitgegründeten Café Malik. Andere haben ihm sicherlich Kenntnisreicheres und Näheres nachzurufen, ich möchte ihn zumindest und vor allem als einen „unserer Lehrer" gerne gewürdigt wissen.

Wien, im Januar 2010

Anzeige

WAS HIER FEHLT, IST IHRE SPENDE.

Damit ÄRZTE OHNE GRENZEN in Krisengebieten und bei Katastrophen auf der ganzen Welt schnell und unbürokratisch Leben retten kann – spenden Sie mit dem Verwendungszweck „Ohne Grenzen".

Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationen
☐ über ÄRZTE OHNE GRENZEN
☐ zu Spendenmöglichkeiten
☐ für einen Projekteinsatz

Name
Anschrift
E-Mail

11104967

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V. • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
Telefon: 030 - 700 130 0

Spendenkonto 97 0 97
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00

www.aerzte-ohne-grenzen.de

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Träger des Friedensnobelpreises 1999

Neues aus dem Studierendenparlament

von Malte Schönefeld

Ganz schön fleißig: Die Mitglieder des Studierendenparlaments treffen sich mitunter sogar in der vorlesungsfreien Zeit. So auch Anfang März, als in einer Dringlichkeitssitzung über einen außergewöhnlichen Antrag entschieden wurde.

Mit Geld der Studierendenschaft sollte Jürgen Rüttgers am Rande des NRW-Parteitags der CDU zum Gespräch gelockt werden. Da war dessen Generalsekretär, der christdemokratische Märtyrer Hendrik Wüst schon über die Sponsoring-Affäre gestolpert und riss jegliche Verantwortung mit sich in die Tiefe.

Der Papierflieger-Antrag von Jörg Rostek (ufafo) schwebte immerhin bis auf die Startseite von Spiegel Online. Damit sei das Ziel – mediale Aufmerksamkeit – doch schon erfüllt, sagte Carla Burmann (Juso-HSG) in der Sitzung. Pia Lau (CampusGrün) befand den Antrag als lächerlich und Tim Fürup (Linke.SDS) bemühte gar Marx heran: 6.000 Euro sei die Arbeitskraft des Herrn Rüttgers keinesfalls wert. Dennoch, so Fürup, besitze die Summe einen symbolischen Wert und deshalb sei der Antrag unterstützenswert.

Der Antrag wurde schließlich angenommen. Das Gespräch kam aber nicht zustande.

Wir haben Jörg Rostek nach seinen Beweggründen gefragt und zugleich den hochschulpolitischen Zweig der CDU, den RCDS, um seine Meinung gebeten. Vom RCDS lag bis Redaktionsschluss keine Stellungnahme vor.

▶ Protokoll der Sitzung:

http://www.stupa.ms/protokolle/2009/spprotokoll525.pdf

Wie ich versuchte, Jürgen Rüttgers zu mieten

von Jörg Rostek, Parlamentarier des unabhängigen Fachschaften Forums (uFaFo)

Manchmal muss man Fehlentwicklungen zu Ende denken. George Orwell und Aldous Huxley haben dies in ihren Meisterwerken „1984" und „Schöne neue Welt" eindrucksvoll vorgemacht. Gleiches ist auf die „Sponsoring-Methoden" der CDU anwendbar. Aus den Medien erfuhr ich, dass die CDU ein Gespräch mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers für 6.000 Euro verkaufe: das ist nicht nur alljährliche Parteitagpraxis[1], sondern je nach Geldbeutel auch noch relativ preiswert. Wenn das alle machen, warum dann nicht auch der AStA der Uni Münster? Ist es nicht auch im Interesse der Studierenden, bei der CDU auf offene Ohren zu stoßen? Also schrieb ich den Antrag „Wir kaufen Rüttgers – Chancen nutzen, Lobbyismus kapitalisieren".

Die Reaktionen waren unterschiedlich. Spiegel Online druckte den Antrag in voller Länge ab. Die Lokalzeitungen WN und MZ berichteten zwar distanziert, aber sie berichteten. Der WDR rief bei mir an und wollte meine Beweggründe wissen. Radio Q meldete sich. Ihnen allen erzählte ich, dass es Zeit sei, die Studierendenschaft auf neoliberale Pfade zu führen, da wir mittlerweile in einer „postdemokratischen Welt"[2] lebten, in der man als Politiker gezwungen sei, postdemokratische Politikinstrumente anzuwenden, um erfolgreich zu sein.

Der Haushaltsausschuss lehnte den Antrag zwar aus Kostengründen ab, eine Mehrheit im Studierendenparlament stimmte dem Antrag aber, größtenteils aus Wahlkampfgründen, zu, so dass der AStA, zu dem das uFaFo übrigens augenblicklich in Opposition steht, in Aktion treten konnte. Der neue Generalsekretär Andreas Krautscheid lehnte die 6.000 Euro ab, betonte, dass Rüttgers unverkäuflich sei und dass die SPD doch bitte endlich auch ihre Sponsoring-Einnahmen öffentlich machen solle. Touché.

Später erfuhr ich aus den Medien, dass die CDU auf ihrem Parteitag Fotoshootings mit Jürgen Rüttgers verkaufte[3] und dass der CDU-nahe Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) einen Brief an zahlreiche Unternehmen schrieb und dort um Geld für seine politische Arbeit bettelte[4]. Wenn man das mal zu Ende denkt...

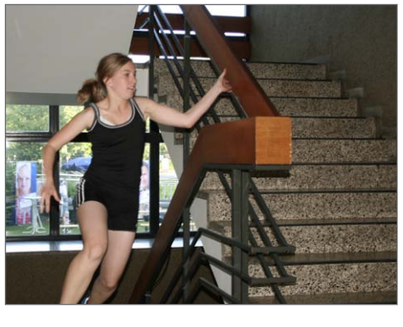
1 http://www.wir-in-nrw-blog.de/category/dokumente/
2 Crouch, Collin: Postdemokratie, Frankfurt, 2008.
3 http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,684770,00.html
4 http://www.zeit.de/1977/36/Der-RCDS-geht-betteln?page=all

Mit der Uni Münster geht's steil nach oben

WWU Runs Up

von Theresa Verhoeven | Fotos: Arbeitsstelle Forschungstransfer WWU

Sie sind hunderte Meter hoch und ragen rund um den Globus in den Himmel. Hochhäuser und gigantische Türme schießen seit Ende des 19. Jahrhunderts in Amerika und mittlerweile in allen Metropolen der Welt aus dem Boden. Diese Gebäude verdanken ihre Existenz vor allem einer zündenden Idee, dem Personenlift. Wie sonst sollten die vielen Stockwerke tagtäglich von tausenden Berufstätigen genutzt werden? Alleine das knapp 450 m hohe Empire State Building hat 1860 Treppenstufen, die den meisten Besuchern jedoch aufgrund der 73 funktionstüchtigen Aufzüge weitgehend verborgen bleiben. Zwar hat Paul Crake beim legendären Empire State Building Run-Up 2003 zu Fuß nur 9:33 min bis auf die Aussichtsplattform benötigt, aber das kann wohl kaum als Maßstab für durchschnittliche New-York-Tourist/innen oder Angestellte herhalten.



Viel haben diese imposanten Bauten mit unserer Universität nicht gemeinsam. In Münster scheinen Wolkenkratzer und Hochgeschwindigkeitsfahrstühle weit weg zu sein. Das mathematische Institut in der Einsteinstraße hat nur 180 Stufen und die ganze WWU insgesamt lediglich 100 Fahrstühle und trotzdem lassen sich Parallelen finden. Immer wieder machen auch wir Gebrauch von der nützlichen Erfindung des Aufzugs und freuen uns über die bequeme Alternative zur anstrengenden Treppe. Dabei haben Berechnungen ergeben, dass jährlich bis zu 75.000 € alleine an der WWU eingespart werden könnten, wenn Bequemlichkeit häufiger zurückgestellt würde[1]. Aus diesem Grund hat der Arbeitskreis WWUmwelt 2009 schon zum zweiten Mal den „WWU Runs Up" veranstaltet[2]. Dabei handelt es sich genau wie beim großen Vorbild aus New York um einen Treppenlaufwettbewerb. Attraktive Preise, gelassene Stimmung und ganz viel Spaß lockten sowohl lokale Laufgrößen als auch mehr oder weniger sportliche Studierende in das physikalische (2008) oder mathematische Institut (2009). Jeder konnte mitmachen und sein Glück im Treppenhaus versuchen. Nebenbei oder doch hauptsächlich sollte die Aktion natürlich darauf aufmerksam machen, dass wir alle durch kleine Schritte etwas für unsere Umwelt tun können. Leider ist zurzeit noch nicht klar, ob die Veranstaltung dieses Jahr wieder durchgeführt wird und wer die Organisation übernehmen könnte, da WWUmwelt ihren Schwerpunkt auf andere Aktionen legen möchte. Eins ist klar, mit der Aktion hat WWUmwelt die Öffentlichkeit auf eine wichtige Möglichkeit der Energieeinsparung aufmerksam gemacht und nicht nur Studierende, sondern auch die regionale Presse und somit ein breites Publikum erreicht. Egal ob wir uns dieses Jahr wieder an den Treppen der WWU messen dürfen, es bleibt festzuhalten: Jede Entscheidung wirkt sich auf unsere Umwelt aus, deshalb sollten wir uns, wenn wir nicht gerade die Skyline von New York betrachten, das nächste Mal gut überlegen, ob wir den Aufzug oder die Treppe wählen.

1 http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/wwumwelt/_v/rechnung_einsparpotential.pdf

2 http://www.uni-muenster.de/WWUmwelt/wwurunsup.html

Rechtfertigt euren Reichtum!

Eine Einführung in die Debatte der globalen Gerechtigkeit

von Dennis Bätge

Obwohl die Menschenrechte formell von fast allen Staaten der Erde anerkannt werden, sind die Inhalte dieser Rechte nach wie vor umstritten. Im Hinblick auf eine geteilte conditio humana, wie sie Otfried Höffe formuliert, oder im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um eine globale Schicksalsgemeinschaft, lassen sich dennoch einige grundlegenden Menschenrechte formulieren. Niemand würde bestreiten, dass jeder Mensch das Recht auf einen Lebensstandard hat, „der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet". Auch wenn die Begriffe „Lebensstandard" und „Wohl" kulturelle Variablen beinhalten, können die vier basic rights als Rechte aller Menschen gelten: Nahrung, Kleidung, Wohnung und Gesundheit. Dies sind die minimalen menschlichen Existenzbedingungen, deren Unterschreitung als Eintritt in die extreme Armut gilt.

Umso erschreckender ist es, festzustellen, dass diese Rechte, obgleich sie international anerkannte Rechte darstellen, von den meisten Regierungen dieser Welt verletzt werden. Diese Erkenntnis ist sicherlich nicht überraschend und bestätigt auch den Eindruck, den die globalen Nachrichtennetzwerke jeden Tag aus den armen Regionen der Welt vermitteln.

Der Human Development Report von 2007/2008 hat für die 21 Länder mit dem niedrigsten HDI (Human Development Index) festgestellt, dass aufgrund von Armut und seinen Folgen (Krieg, sozialen Unruhen etc.) 38 Prozent der Bevölkerung dieser Länder nicht das Lebensalter von 40 Jahren erreichen wird. Außerdem besitzen 43 Prozent der Bevölkerung dieser Länder keine ausreichende Trinkwasserversorgung und 46 Prozent der Menschen in diesen Regionen lebten in den Jahren 1990 bis 2005 von weniger als einem US-Dollar pro Tag. Wer denkt, dies seien nur Probleme der ärmsten Länder der Welt, wird sich damit konfrontiert sehen müssen, dass sich 40 Prozent der Weltbevölkerung unter dem Armutsindex eines standardisierten US-Haushaltes (1120 US-Dollar Konsumausgaben pro Kopf/Jahr) befinden, oder dass 830 Millionen Menschen weltweit unterernährt sind, oder eine Milliarde Menschen kein ausreichendes Obdach haben, oder dass zwei Milliarden Menschen der Zugang zu wichtigen Medikamenten verwehrt wird.

Es gibt Philosophen, die nun an uns Bewohner der wohlhabenden Industrienationen, folgende Frage stellen: Wie könnt ihr angesichts dieses erschreckenden menschlichen Leides eure Augen verschließen? Wie könnt ihr es zulassen – ihr, die ihr die Mittel besitzt, diese von Menschen verursachte Katastrophe zu verhindern – dass dieses Unrecht weiterhin in der Welt existiert?

Diese Vorwürfe stammen nicht nur von verblendeten Weltverbesserern oder Globalisierungskritikern, sondern artikulieren sich zunehmend in allen Gesellschaftsschichten – man denke an die fair trade-Bewegung. Besonders prägnant sind die Vorwürfe, wenn sie durch gut durchdachte und überzeugende Argumente untermauert werden. Es ist schwer, sich gegen solche Vorwürfe zu erwehren, ohne sich eine Teilschuld einzugestehen. Besonders zwei Philosophen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Bewohner der ersten Welt mit ihrem Gewissen zu konfrontieren: Peter Singer und Thomas Pogge.

Singer, der bereits in den 1980ern und 90ern durch kritikauslösende Beiträge über Suizid, Sterbehilfe und die Behandlung von behinderten Menschen Aufsehen erregte, macht das Individuum selbst für diese katastrophalen globalen Zustände verantwortlich. Dass diese Argumentation ins Leere läuft, ist ersichtlich: Welche Pflichten hat der Käufer von bolivianischen Kaffee gegenüber dem bolivianischen Plantagenarbeiter? Die Beziehung dieser beiden Personen ist äußerst komplex und selbst wenn man eine wirtschaftliche Abhängigkeit ausmachen könnte, bleibt die Frage nach der daraus folgenden moralischen Stellung der beiden Personen zueinander weiter ungeklärt.

Singer macht jedoch auf den Unterschied zwischen Pflicht und Wohltätigkeit aufmerksam. Die wohltätige Spende für Haiti-Opfer ist ein Akt der Barmherzigkeit, ein Zeichen von Mitgefühl. Es lässt sich daraus herleiten, dass diesen Menschen eine Naturkatastrophe zugestoßen ist, für die niemand Rechenschaft ablegen muss. Eine Spende für arme und bedürftige Menschen wird in vielen Fällen genauso gesehen. Aber Singer will klarstellen, dass es nicht um eine supererogatorische Handlung geht, also um eine Handlung, die „zwar gut ist, zu der man jedoch nicht verpflichtet ist", sondern um eine Verpflichtung zu Änderung der Verhältnisse dieser Menschen. Er geht sogar darüber hinaus: Jeder wohlhabende Bürger der ersten Welt befriedigt kein wichtiges Bedürfnis, wenn er sich eine zweite Jacke kauft, um sich warm zu halten. Für Singer würde dieser Mensch nichts von Bedeutung opfern, wenn er diese Jacke spenden würde. Es wäre sogar moralisch falsch, es nicht zu tun.

Und hier liegt die Krux an Singers Argumentation: Aus moralischen Pflichten lassen sich nur über den Umweg der Positivierung in Recht zwingende Pflichten ableiten. Der wohlhabende Bürger darf rechtlich so viele Jacken kaufen wie er möchte – ohne sich um die arme Bevölkerung dieser Welt kümmern zu müssen. Moralisch verwerflich ist diese Tat erst dann, wenn man bedenkt, dass die Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung (hier: das Erwerben von beliebig vielen Jacken) gegenüber der Vermeidung des Hungertods (oder in diesem Fall Kältetods) in der Welt nur schwer überzeugen kann. Daher ist auch seine Forderung nachvollziehbar: Es bedeute für uns keine Einschränkung unserer Lebensqualität, wenn wir ein Teil unseres Einkommens für bedürftige Menschen spenden würden. Nicht aus Barmherzigkeit, sondern aus moralischer Pflicht.

Diesen Schluss zieht Pogge nicht. Pogge, ein ehemaliger Schüler von John Rawls, hat sich in einigen Punkten deutlich von den philosophischen Vorstellungen seines Lehrers distanziert. Rawls hatte betont, dass reiche Länder lediglich Hilfspflichten gegenüber armen Ländern einzulösen hätten. Dennoch schloss Rawls die Möglichkeit einer gerechten Weltordnung nicht aus. Pogge hingegen sieht dieses Problem pragmatischer. Er stellt die Frage: Warum finden wir uns mit dem Unerträglichem ab? Warum nicht schon heute eine gerechte Weltordnung gründen? Dementsprechend geschickt sieht seine Argumentation aus. Anders als Singer stellt er nicht den individuellen Akteur in den Mittelpunkt seines Angriffs auf die globale Ungerechtigkeit, sondern die Institutionen. Dadurch verlagert sich auch die Grundlage der Diskussion: Eine moralisch begründete Hilfspflicht auf der Basis gegenseitiger Anerkennung zwischen Menschen ist nun unzureichend. Das Problem wird auf die Ebene der Gerechtigkeit transportiert.

Pogge sagt: „Die Welt ist reich genug, um ihre größte Schande, den Hunger abzuschaffen" und er macht die Institutionen der reichen Industrienationen dafür verantwortlich – und damit indirekt uns. Das entscheidende ist jedoch, dass er nicht nur die moralischen Pflichten betont, wie Singer. Denn offensichtlich taugen diese nur bedingt zur Erzeugung rechtlicher Pflichten. Stattdessen spricht er von „Rechtsbruch", von „Betrug" und „Täuschung". Die Nationen der ersten Welt haben die Menschenrechte als international gültige Rechte anerkannt. Dennoch tragen sie wissentlich zum Fortbestehen extremer Armut bei – begehen somit eine Straftat. Der Angriff trifft eher, da er nicht auf das ungebundene Individuum zielt, sondern auf den in eine ungerechte Gesellschaftordnung eingebundenen Bürger.

Der andere Clou an Pogges Argumentation ist, dass er nicht von positiven Pflichten spricht, also Pflichten zu Helfen und zu Unterstützen, sondern von negativen Pflichten, nämlich der Vermeidung von Schädigung. Er sagt, die wohlhabenden Nationen kämen ihren negativen Pflichten nicht nach. Die von uns geschaffenen Institutionen schädigen die arme Bevölkerung. Laut Pogge habe jeder einen Anspruch „auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung [der Recht der Menschen] verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können". Auf dieser Grundlage ruht seine gesamte Theorie – und sie wäre überzeugend, wenn – ja wenn – auch sie nicht ihre Schwächen hätte.

Zum einen ist da die Frage nach der Verbindlichkeit der Menschenrechte. Diese sind zwar anerkanntes Recht und können heutzutage von keiner Nation der Welt mehr gebrochen werden, ohne dass internationale Sanktionen die Folge wären. Dennoch sind sie keine Rechte im klassischen Sinne. Das Problem besteht im fehlenden globalen Souverän, oder anders: Niemand garantiert diese Rechte. Während es Aufgabe des Staates ist, die Rechte seiner Bürger zu schützen, gibt es niemanden im internationalen Umfeld, der die Aufgabe hat, die Rechte der Menschen zu schützen. Die Vereinten Nationen, die in gegenseitiger Kontrolle über Einhaltung wachen sollen, besitzen strukturelle Schwächen – besonders in der Dominanz der wohlhabenden Staaten, allen voran die USA.

Es gibt aber einen weiteren, viel diskutierten Einwand gegen Pogges Konzeption. Er stammt von Thomas Nagel. Nagel zufolge sind die Bürger eines Staates nur gegenüber ihren Mitbürgern verpflichtet. Nur dort, innerhalb des Staates, kann man sinnvoll von Gerechtigkeit sprechen. Außerhalb herrscht – und hier übernimmt Nagel eine Konzeption von Thomas Hobbes – ein Naturzustand vor, ein „Krieg aller gegen aller". Ohne globale Souveränität ist die Welt zwar nicht zwingend ungerecht, aber man kann nicht sinnvoll von Gerechtigkeit sprechen. Im demokratischen Staat sind die Bürger – hier greift Nagel auf Jean-Jaques Rousseau zurück – Adressat und Gesetzgeber zugleich und aus diesem Grund werden von ihnen nur Pflichten akzeptiert, die von allen geteilt werden können. Dieser Prozess ist aber auf der überstaatlichen Ebene unmöglich. Das bedeutet zwar, dass Gerechtigkeitspflichten nur gegenüber den eigenen Bürgern bestehen, aber Nagel möchte dennoch betonen, dass man durchaus Hilfspflichten gegenüber Menschen aus anderen Nationen formulieren kann – mehr aber nicht.

Die philosophische Debatte hat sich mittlerweile abgeschwächt und mündet in einer Annäherung der beiden konträren Positionen, die sich als Kosmopolitismus und Etatismus bezeichnen. Einige Autoren haben zu Recht angemerkt, dass beides vereinbar ist: Pflichten der Gerechtigkeit gegenüber Mitbürgern und Pflichten gegenüber Bürgern anderer Nationen schließen sich nicht aus. Zwar besitzt der Mitbürger Vorrang, so wie die Rettung des eigenen Kindes Vorrang vor der Rettung eines fremden Kindes haben würde, aber solch krasse Entscheidungssituationen treten in der Praxis recht selten auf.

Dass sich die Philosophen einigen, ist schön. Was jedoch bleibt, ist mehr als nur das schlechte Gewissen.

- Der Human Development Report findet sich unter: http://hdr.undp.org/en
- Dieser Artikel bezieht sich auf folgende Texte:

Pogge, T.: Anerkannt und doch verletzt durch internationales Recht: Die Menschenrechte der Armen, in: Bleisch, B. / Schaber, P. (Hrsg.): Weltarmut und Ethik, Paderborn 2007, S.95–138.

Singer, P.: Hunger, Wohlstand und Moral, in: Bleisch, B. / Schaber, P. (Hrsg.): Weltarmut und Ethik, Paderborn 2007, S.37–51 [original in: Singer, P.: Famine, Affluence, and Morality, in: Philosophy & Public Affairs 1, 1972 (2) S. 229–243.]

»Es gibt Philosophen, die nun an uns Bewohner der wohlhabenden Industrienationen, folgende Frage stellen: *Wie könnt ihr angesichts dieses erschreckenden menschlichen Leides eure Augen verschließen?*«

„Öko“ leben – Hauptsache damit anfangen!

Katharina Beck arbeitet am Institute for Social Banking und schreibt in ihrem Blog www.kathas-welt.de, wie man ökologischer leben kann. Christina Erkelenz hat Biologie studiert und geht auf die Straße, um für die Umwelt zu demonstrieren. Zwei Ökos im Interview mit Isabel Reifenrath | Fotos: privat

Erst mal, ist die Welt überhaupt noch zu retten?

Katharina: Es ist gar nicht die Welt, die wir retten müssen. Wir müssen uns einen Planeten erhalten, der menschenfreundlich und für uns bewohnbar bleibt. Und ja, das können wir noch schaffen.

Christina: Tja, gute Frage. Weiß ich nicht. Vor einiger Zeit hätte ich in Anbetracht der Sachlage gedacht, es ist dafür schon zu spät: „Oh nein, warum sehen die Menschen es denn nicht, es ist nicht fünf vor Zwölf, sondern fünf nach Zwölf…“. Diese Denkweise hat mich deprimiert. Jetzt denke ich, alles hat einen Sinn, so wie es ist. Das heißt nicht, man sollte passiv sein, aber es erlaubt einem, die ganze Entwicklung hoffnungsvoll zu sehen.

Wie können wir die Welt noch retten?

Christina: Es muss ein Umdenken stattfinden von einer Gesellschaft, die ihr Glück darin sieht, sich abzurackern, um immer mehr konsumieren zu können, hin zu einer, die ihr Glück in anderen Dingen sieht, wie Zeit mit Familien und Freunden, zum Meditieren, in der Natur. Warum muss denn die Wirtschaft ständig wachsen?

Katharina: Wir müssen die Erderwärmung des globalen Klimas bis 2100 auf zwei Grad Celsius begrenzen. Die Weltpolitik allein schafft das nicht, wir als Verbraucher müssen damit anfangen – in unserem Alltag. Außerdem gibt es auch in der Wirtschaft schon viele super spannende Unternehmen, die „öko“ sind.

Was macht du um ökologisch zu leben?

Katharina: Ich fahre fast nur Bahn und fliege in Europa nicht. Auch auf unnötige Fernreisen und Billigflüge verzichte ich. Ich genieße (Bio-)Rindfleisch maximal einmal im Monat und bleibe sonst bei Bio-Huhn oder Bio-Schwein. Ich kaufe fast nur Bio-Lebensmittel und Ecofashion. Außerdem beziehe ich Ökostrom und habe Energiesparlampen. Ich versuche, so wenig Müll wie möglich zu fabrizieren und fülle meine Wasserflasche mit (dem in Deutschland am meisten getesteten und gesündesten) Leitungswasser auf. Wenn es bio geht, mache ich es bio. Und ich schreibe einen Blog, um auch andere dazu zu inspirieren.

Katharina Beck

Christina Erkelenz

Christina: Mich vegetarisch ernähren, Ökoprodukte kaufen, nur das Nötigste neu kaufen, alte Sachen recyceln, darauf achten, dass das Haus, indem ich wohne, Ökostrom produziert oder bezieht und gut isoliert ist, nicht mehr fliegen, mit dem Fahrrad fahren, kürzer duschen, keine Geräte auf Standby laufen lassen.

Hälst du dich auch wirklich immer dran?

Katharina: Nein. Ist auch sehr schwer. Es gibt dafür zu wenige Angebote, wenn man zum Beispiel Essen geht oder Business-Mode braucht. Für Casual kann man aber schon einiges tun, da bieten sogar die großen Ketten schon eine Bioline an, oder man geht zu American Apparel, da sind wenigstens alle Stücke sozial hergestellt.

Christina: Perfekt bin ich bestimmt nicht. Als ich vor sechs Jahren Vegetarierin wurde, habe ich das Fleisch auch nicht von heute auf morgen weggelassen. Im Moment bewege ich mich auf die Veganerin zu. Ich versuche auch Milchprodukte durch Soya zu ersetzen. Man kann sich immer noch verbessern.

Wo siehst du das größte ökologische Problem?

Christina: Die Ignoranz des Ego-bestimmten Menschen, der sich von der Natur entfernt hat, sich nicht mehr als Teil selbiger versteht und deshalb nicht mehr fühlt, wie er mit seiner Mama terra, die ihn liebt und ernährt, umgehen sollte.

Katharina: Größtes Problem ist, dass der Mensch ein Gewohnheitstier ist. Wir müssen unseren Alltag verändern, um die Erderwärmung zu stoppen. Der Mensch ändert nur, wenn das Neue attraktiv ist, deshalb muss Öko Spaß machen. Öko hat immer noch einen relativ unsexy Ruf und daher mache ich ja das, was ich mache.

Wo kriege ich gute Öko-Infos her?

Christina: Aus verschiedenen Newslettern wie von Campact, Avaaz, Greenpeace, Friends of the earth, Mongabay, Go4biodiv, Grüne Jugend, Anti Atom Bewegung, Rettet den Regenwald oder Canto Vio.

Katharina: Insgesamt gar nicht leicht, aber die alten Namen sind zu empfehlen. Was Greenpeace und WWF sagen, ist meistens richtig. Und das EU-Bio-Siegel ist schon mal ein guter Anfang. Das Buch „Die Öko-Lüge“ von Stefan Kreutzberger ist zu empfehlen. Für mich gilt: Anfangen ist besser, als nichts zu tun. Und es kann passieren, dass man mal etwas falsch macht, aber es gibt bei der Nachhaltigkeit sowieso nicht falsch oder richtig, denn es kommt auf die Prioritätensetzung an. Nachhaltigkeit hat so viele Facetten, dass man einfach mit der, für sich selbst Wichtigsten anfangen kann, und dann gucken kann, welche anderen Themen einen sonst noch besonders packen.

Fairer Einkaufsbummel durch ein ökologisch bewusstes Münster

von Theresa Verhoeven

Wer sich während der verregneten grauen Jahreszeit die Gedanken ein wenig aufwärmen möchte, kann sich die Fotos vom letzten Sommerurlaub ansehen und dabei das typisch südeuropäische Essen kochen. Für eine gute Portion Ratatouille braucht man zunächst einige Zutaten. Zum Glück ist es egal, dass das Wetter bei uns so ungemütlich ist, denn wir sind schon lange nicht mehr auf Saisongemüse angewiesen. Im Supermarkt ist alles zu haben. Frisch importiert, eingefroren oder in Dosen konserviertes Gemüse wird rund um das Jahr angeboten, so dass wir die freie Auswahl haben. Auch der morgendliche Kaffee und Gute-Laune-Schokolade sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Wenn aber selbst das Essen nicht gegen die Regenstimmung geholfen hat, kann vielleicht ein kleiner Einkaufsbummel in der Stadt diesen Zweck erfüllen. Im Ausverkauf liegen unzählige Klamotten, die nur darauf warten für Spottpreise über die Ladentheke zu gehen und in längst überfüllte Kleiderschränke zu wandern. Die Auswahl ist toll, günstig und bequem. Trotzdem wandert mit dem Produkt auch ein fader Beigeschmack in den Einkaufskorb. Woher kommt dieser Überfluss an Waren? Wer hat die Kaffeebohne gepflückt und die Baumwolle geerntet? Unter welchen Bedingungen arbeiten am anderen Ende der Welt Menschen, damit ich meine Garderobe jeden Tag neu meiner Stimmung anpassen kann? Und wird beim Anbau auch daran gedacht, was nach der Ernte und dem Profit kommt? Fragen, die sich stellen und vergessen sind, sobald der neue Pullover über den Kopf gezogen und im Spiegel betrachtet wird. Schließlich ist er so schick und wenn ich ihn nicht gekauft hätte, dann ein anderer und geändert hätte es sowieso nichts.

Zum Glück gibt es aber auch Leute die anders denken. Denn jede einzelne Entscheidung ist nur ein Teil des großen Verbraucherverhaltens und dieses hat in seiner Gesamtheit sehr wohl Einfluss auf Anbau- und Arbeitsbedingungen hier in Deutschland und auch im Rest der Welt. Dank dem Umdenken vieler Menschen und einem regelrechten Boom der Biomärkte, ist ökologisch und sozial bewusstes Einkaufen nicht mehr mit Verzicht verbunden. Heute müssen Verbraucher nicht mehr durch langweilige Sackkleidung nach außen signalisieren, dass sie nachhaltig einkaufen. Hier in Münster zeigt die „Grüne Wiese“ in der Jüdefelderstraße, dass Öko-Kleidung, die unter fairen Bedingungen produziert wurde, alles andere als langweilig ist. Der Laden spricht modebewusste junge Menschen an, die keine Lust mehr haben mit der H&M Einheitsjacke durch die Gegend zu laufen. Schicke, individuelle Klamotten in bunten Farben und mit kreativen Aufdrucken zeigen erst auf den zweiten Blick, dass man beim Einkauf nicht nur sich selbst, sondern auch der Welt etwas Gutes tun wollte. Und auch in anderen Bereichen wird nachhaltiges Einkaufen mittlerweile mit Genuss verbunden. Marken wie Zotter zeigen, dass bio-faire Schokolade nicht nur ein gutes Gewissen, sondern auch Geschmack vermittelt. Genau darauf bauen Biosupermärkte und zahlreiche kleine Läden in Münster. Als Studierende/r mit etwas Zeit kann man sogar noch mehr tun. Der Eine Welt Laden „la tienda“ in der Frauenstraße sucht immer ehrenamtliche Mithelfer, die Lust haben eine Schicht im Laden zu übernehmen und die vielen Projekte voranzutreiben. Dabei will der Laden auf die Welthandelsstrukturen aufmerksam machen und den fairen Handel fördern, damit die involvierten Menschen überall in der Lage sind mit ihrer Arbeit ihre Existenz zu sichern und ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Produktpalette von „la tienda“ reicht vom klassisch fair gehandelten Kaffee bis zu Babytragetüchern und Gesellschaftsspielen. Wie schon der Name des Ladens sagt, findet man dort vor allem Produkte aus aller Welt.

Ökologisches und soziales Bewusstsein für die ganze Welt ist in Zeiten der Globalisierung unverzichtbar. Was aber mindestens genauso wichtig ist, ist der Blick auf die eigene Region. Auch das Münsterland hat fruchtbare Böden und was hier gepflanzt und geerntet werden kann, sollte auch hier gegessen werden. Der Kauf von regionalen Produkten ist nicht nur wichtig für den Landwirtschaftsstandort Münster sondern wohl auch am ökologisch sinnvollsten, um unnötige Transportwege zu vermeiden. Zumal es auf dem Wochenmarkt und dem ökologischen Bauernmarkt dreimal wöchentlich die Chance gibt sich mitten in Münster auf dem Domplatz nach Herzenslust einzudecken. Doch noch mehr Gefühl für die Region bekommt man, wenn man sich selbst auf sein Rad setzt und zu einem der nahe gelegenen Hofläden fährt. In der Schoppe an der Gasselstiege erlebt man den Biobauernhof hautnah, kann sich alles ansehen, kommt ein bisschen raus aus der Stadt und kann seine Mitbewohner am Abend mit dem frischen Gemüse im Kühlschrank neidisch machen. Gekocht wird aber zusammen, denn gemeinsam schmeckt das Essen doch am besten und dazu wird mit einem ordentlichen Pinkus Bier angestoßen. Die beliebte münsteraner Brauerei braut seit 1991 ausschließlich Bioland-Biere und das aus Überzeugung zur Qualität. Aber wenn das Wetter wieder einmal nicht mitspielen möchte, dann bestellt man sich die Zutaten zum Kochen ganz bequem bei dem in Handorf ansässigen Ökullus Lieferservice nach Hause. Denn wer in Münster seine Verantwortung als Verbraucher wahrnehmen möchte, hat vor Ort alle Möglichkeiten dies zu tun. Und dabei geht es längst nicht nur um die Interessen der anderen. Jeder profitiert direkt selbst, wenn er in einem schicken neuen öko-fairen T-Shirt die Sonne raus lockt und eine Ratatouille kocht, die am Ende mindestens genauso gut schmeckt wie letztes Jahr in Südfrankreich.

Öko. Fair. Sozial.
Die Uni Münster verändert die Welt(?)

Fragen über Fragen... | von David Molke

Was tut die Uni Münster, um die Welt zu einer ökologisch bewussteren, faireren und sozialeren zu machen?

Punkt 1: Öko?

Immerhin: Die Uni Münster bezieht Ökostrom. Dass man sich dabei aber leider nie sicher sein kann, ob dieser Strom dann auch tatsächlich aus regenerativen Energien stammt, lasse ich jetzt der Einfachheit halber mal außen vor. Schließlich ist es der gute Wille, der zählt. Das Projekt Sparflamme ist ja schon mal ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, aber es scheint, als sei alles mehr Schein als Sein. Wenigstens ist das Image aufpoliert. Was kann denn aber noch getan werden, wo existiert Potenzial für Verbesserungen? Dazu habe ich mir ein paar Gedanken gemacht: Brauchen wir wirklich Fahrstühle in vierstöckigen Universitätsgebäuden? Brauchen wir wirklich überall W-LAN? Brauchen wir wirklich unbedingt eine sonntags geöffnete Bib? Brauchen wir Türen, die sich per Bewegungsmelder von allein öffnen, oder würde es vielleicht auch eine Drehtür tun, die ganz nebenbei im Winter Heizenergie und -Kosten einsparen würde, da weniger warme Luft entweichen kann? Wäre es nicht sinnvoller, Bewegungsmelder in Gängen und Räumen einzurichten, die das Licht regulieren, so dass es auch wirklich ausgeht, wenn niemand im Raum ist? Müssen Universitätsgebäude nachts angestrahlt werden? Sicher, es handelt sich um ein Schloss, aber die Energie ist trotzdem verbraucht. Braucht die Uni tatsächlich so viele CIP-Pools mit so vielen ständig laufenden, alten, stromfressenden Computern, die zum Großteil ungenutzt bleiben, da mittlerweile eh fast jeder seine eigenen sehr viel stromsparenderen Laptops benutzt? Könnte man in den Mensen nicht einfach ein paar Produkte von großen Ketten – die nachweislich rechtsradikale Machenschaften unterstützen – gegen fair gehandelte Bio-Produkte austauschen? Wollen mehrere zehntausend Studierende tatsächlich Kaffee trinken, der aus dem blutenden Herzen Südamerikas gerissen wurde, der nicht schmeckt? Oder würden sie es vielleicht sogar in Kauf nehmen, für den täglichen Kaffee zwischen den Veranstaltungen ein paar Cent mehr zu bezahlen, dafür aber mit reinem Gewissen auch mal wirklich guten Kaffee zu trinken, wenn sowieso nur der faire Bio-Kaffee angeboten werden würde? Gibt es nicht sogar die Möglichkeit, Obst und Gemüse aus der Region anzubieten? Wäre das übertrieben, zu viel des Guten? Noch eine Kleinigkeit: Der Gründer der Studi-VZ-Gruppe „Hausarbeiten töten den Regenwald!" hat gar nicht so unrecht. Müssen wirklich alle Hausarbeiten ausgedruckt abgegeben werden, nur damit sie angenehmer zu korrigieren sind, wo es doch die Möglichkeit der umweltschonenden, elektronischen Kommunikation gibt? Unsere ganzen Studienleistungen werden doch auch nur noch elektronisch in QISPOS gespeichert, und sind somit Datenverlust und Manipulation schutzlos ausgeliefert. Was mich direkt zum nächsten Punkt bringt.

Punkt 2: Fair? Sozial?

Fairness und soziale Verantwortung werden an der WWU groß geschrieben, sie ist ja schließlich keine Legastheniker/in... Äußerst angenehm, an einer so fairen und sozialen Uni zu studieren, die die Studiengebühren trotz massiver Proteste einführt, und das letztendlich in einer Sitzung beschließt, die außerhalb der Stadt auf dem durch Polizei abgesicherten THW-Gelände stattfindet, obwohl sie eigentlich öffentlich sein sollte. Den Wenigsten dürfte wirklich klar sein, wofür genau die Studiengebühren jetzt eigentlich verbraten werden. Transparenz geht anders. Dass die gekauften Möbel nicht aus Tropenhölzern sind, ist aber auch alles. Naja, das Geld muss ausgegeben werden. Zum Glück werden wenigstens keinerlei Minderheiten benachteiligt, schließlich kann ja (beinahe) jeder einen Studienkredit aufnehmen, und diesen oder das extrem leicht und unkompliziert zu beantragende BAföG dann sein Leben lang zurückzahlen. Weiter im Text: NRW-Ticket, anyone? Schön, dass man sich aussuchen darf, ob man das haben will oder nicht. Und wie fair und sozial das ganze Bachelor/Master-System samt den Modulen und ihren Abschlussprüfungen, Anwesenheitslisten, QISPOS und überfüllten Seminaren funktioniert, und wie gut man aufgrund dessen den Studienort wenigstens innerhalb des Bundeslandes wechseln kann, davon kann sich glücklicherweise ja jede/r selbst überzeugen.

Genug davon, fassen wir uns an die eigene Nase: Was können wir Studierende tun, um diese unsere Welt zu einer Besseren zu machen?

Müssen wir wirklich alle knallhart einen auf Öko machen, Vegetarier/in, am besten Veganer/in werden, nur mit Waschnüssen waschen und Körperpflegeprodukte benutzen, die nicht an Tieren getestet wurden, mit den Uniunterlagen in Stofftüten in die Uni gehen und vor Escada gegen Pelze demonstrieren? Jedem das Seine, nur sollte man vielleicht überdenken, wie gut das zusammenpasst mit sonstigen Verhaltensweisen, und wie sinnvoll es ist, trotz alledem zuhause immer schön den Laptop und das Licht an zu lassen. In den Urlaub zu fliegen und massig Kerosin in die Atmosphäre zu jagen, vielleicht immerhin mit dem Bulli zum Festival fahren, der dann aber leider keinen Katalysator hat? Abends Snowboard fahren auf Skipisten, die mit Flutlicht angestrahlt werden? Beim Hörspiel hören einschlafen, und weil man die Drei ??? nur auf mp3-DVD hat, am besten per DVD-Player, der sich natürlich nicht per Sleeptimer irgendwann ausstellt, sondern schön die ganze Nacht weiter effektiv Geld und irgendwie auch vielleicht fossile Brennstoffe verbrennt? Total gegen amerikanische Großkonzerne wettern, aber mit allen Freundinnen zu Starbucks Kaffee trinken gehen, denn da gibt es ja wenigstens Sojamilch? (Für die übrigens auch massiv Regenwald abgeholzt wird. Grünes Gewissen ahoi!) Nachts ins 24 Stunden geöffnete Fitnessstudio gehen, statt draußen an der frischen Luft Sport zu treiben? Beim Einkaufen jedes Mal eine Plastiktüte kaufen, weil man schon wieder keine Tasche mitgebracht hat?

Ich für meinen Teil wäre schon ziemlich zufrieden, wenn wenigstens ein, zwei der Menschen, die das hier lesen, zum Nachdenken angeregt würden, dann in Zukunft vielleicht ein, zwei Gedanken mehr an diese Thematik verschwenden, und eventuell ja sogar mit ihrer Studenten-WG demnächst Ökostrom beziehen.

Mobil in Münster und darüber hinaus?!?

Barrierefreiheit auch auf dem Weg zur Uni!

Text und Foto von Juergen Niggemann, AStA-Behindertenreferent

Wie sieht es aus mit der Barrierefreiheit an der Uni Münster und im öffentlichen Personennahverkehr in Münster?

Diese Frage habe ich mir schon häufig gestellt. Denn bevor man in eine Vorlesung geht, muss man ja erst noch zum Hörsaal hinkommen.

Barrierefreies Studium für alle Studierenden an der Universität Münster! Das ist natürlich auch für das AStA-Behindertenreferat eines seiner Hauptziele und für uns Referenten eine wichtige Aufgabe, die wir weitgehend umsetzen wollen. Das ist uns und der Universität in der Vergangenheit auch schon an vielen Orten gelungen.

Jedoch auf den zweiten Blick erkennt man doch noch eine Tücke. Darauf möchte ich mit diesem Artikel gerne hinweisen.

Dass es mit der Barrierefreiheit direkt an der Universität langsam aber sicher aufwärts geht, hat man schon in den letzten Monaten gesehen, zum Beispiel bei der Gebäudesanierung in der ULB, oder auch bei dem Neubau des neuen Verwaltungsgebäudes am Mathe-Institut. Auch der Schlossplatz inclusive Schloss, AStA-Gebäude und ZSB-Gebäude steht ganz oben auf der to-do-Liste in Sachen Barrierefreiheit. Es gibt aber dennoch Plätze und Gebäude an der UNI, in denen man nur eingeschränkt oder aber gar nicht von einer Barrierefreiheit sprechen kann. Und nicht nur da gibt es akuten Handlungsbedarf.

Denn: Eine weitere Tücke gibt es nicht nur in der Universität selbst, sondern schon auf dem Weg zur Universität. Denn wenn man nicht mit dem PKW oder mit dem Fahrrad kommen kann, und gleichzeitig mobilitätseingeschränkt ist, so ist man auf den öffentlichen Personennahverkehr mit dem Bus oder mit der Bahn angewiesen.

Und: An dieser Universität gibt es auch Studierende, Wissenschaftler/innen und Angestellte, die aufgrund einer Körperbehinderung oder einer anderen chronischen Krankheit daran gehindert sind, PKW oder Rad oder sogar gar nicht den öffentlichen Nahverkehr hier in Münster zu benutzen. Und genau das ist ein Problem.

Einige Bushaltestellen in Münster verfügen noch immer nicht über ausreichende ebenerdige Zugänge zu den neuen Niederflur-Bussen, man muss dann immer eine Treppenstufe in Kauf nehmen. Ebenso ist die Orientierung für Sehbehinderte an einigen Haltestellen auch äusserst mangelhaft. Eigentlich findet man die akustischen Info-Säulen und Tafeln mit der Braille-Schrift ausschliesslich nur an innerstädtischen Haltestellen.

Schaut man sich dann auch noch den Hauptbahnhof Münster sowie einige Bahnhaltepunkte in den münsterschen Vororten an, so ist das Chaos perfekt. Hier findet man steile, lange Treppenaufgänge, schlecht beleuchtete Unterführungen, mangelnde Orientierungshilfen, sowie Bordsteinkanten und Kopfsteinpflaster. Im Hauptbahnhof muss man sich ggf. an einen Bahnmitarbeiter wenden, der einen zum Fahrstuhl im Gepäcktunnel (!) führt, was einen Umweg von mehreren hundert Metern bedeutet. Bei den Vorortsbahnhöfen schießt den Vogel der Bahnhof Münster-Hiltrup ab, wobei dort nur ein einziger Behindertenparkplatz auf Kopfsteinpflaster vorhanden ist. Der zweite Bahnsteig ist mal wieder nur durch eine dunkle Treppenunterführung erreichbar und falls es mal zu einer regenbedingten Überflutung der Unterführung kommt, so deutet ein Schild auf eine Service-Nummer, die man dann anrufen muss. Aber auch an anderen Haltepunkten (MS-Albachten; MS-Amelsbüren) gibt es diese Mängel.

Diese Umstände sind für einen behinderten Studierenden natürlich unerträglich. Wir haben auch schon die Stadtwerke Münster und die Deutsche Bahn AG um Stellungnahme gebeten und warten noch diesbezüglich auf eine akzeptable Rückmeldung. Denn es muss auch gewährleistet sein, dass ein Studierender, der die Universität besucht, auch ohne Probleme mit Nahverkehrsmitteln zur Universität hinkommen kann. Denn wenn wir Studierenden schon ein landesweites Semesterticket benutzen dürfen, dann sollte es aber auch diese Möglichkeit, die Uni problemlos zu erreichen, für behinderte Studierende geben! Zwar kann der AStA sich nicht alleine dort engagieren, das obliegt auch den Verkehrsbetrieben! Jedoch halte ich es für wichtig, dass wir als betroffene Studierende diese Situation einmal öffentlich machen!

Selbstverständlich gilt auch nach wie vor, dass man sich auf Wunsch das Ticket auch zurückerstatten lassen kann. Anträge können noch bis zum 15. Mai 2010 gestellt werden.

Mission „Access“

von geistigem Eigentum und globaler Gesundheit

Die *Initiative Universities Allied for Essential Medicines* (UAEM) stellt sich vor | von David Herr

Wir schreiben das Jahr 2001. Der US-amerikanische Pharmakonzern Bristol-Myers Squibb ist durch studentischen Druck gezwungen, das Patent auf Stavudin freizugeben. Der Preis für das marktführende AIDS-Medikament fällt in Südafrika auf drei Prozent. Ärzte ohne Grenzen behandelt damit Tausende. Und UAEM ist geboren.

Klingt wie ein Märchen? Mag sein. Was war geschehen?

Das Dilemma

Die Medikamentenversorgung in vielen Entwicklungsländern krankt – unter anderem – an zwei großen Problemen: Es gibt für einige Krankheiten keine effektiven, modernen Medikamente. Für andere sind sie prinzipiell verfügbar, jedoch teilweise unerschwinglich.

Letzteres beschreibt die „Zugangslücke“ (access gap): Das beste Medikament bringt in Subsahara-Afrika nichts, wenn es zu teuer ist. Da sich der Patentschutz vieler Medikamente auch auf die Länder erstreckt, die für den afrikanischen Bedarf produzieren, können sich viele Betroffene die notwendige Versorgung schlicht nicht leisten. So war es auch bei Stavudin. Damaliger Jahrespreis: 1.600 Euro.

Das andere Problem nennt man auch die „Forschungslücke“ (research gap): Selbst viele Millionen von Patient/innen, die an typischen Tropenkrankheiten wie der Schlafkrankheit, Fadenwürmern oder dem erblindenden Trachom leiden, bieten keinen hinreichenden Markt, wenn sie über kein nennenswertes Einkommen verfügen. Weil diese Krankheiten für Unternehmen, die ihre Forschungsgelder renditeorientiert einsetzen müssen, uninteressant sind, werden sie auch „vernachlässigte Krankheiten“ genannt. Tatsächlich werden unter zehn Prozent unserer Forschungsressourcen für die Gesundheitsprobleme von Niedrig- und Mittellohnländern eingesetzt[1].

Man darf nicht unerwähnt lassen: Die Probleme sind komplex. Es gibt viele weitere Gründe, warum die medikamentöse Versorgung in Entwicklungsländern unzureichend ist, von fehlenden Kühl- und Transportmöglichkeiten bis hin zu Korruption – aber die oben genannten sind zwei, auf die „wir“ im reichen Norden direkten Einfluss nehmen können. Nicht nur darum hat sich das Schlagwort „Access to Medicines“ als feste Konstante in der internationalen Gesundheitspolitik etabliert.

Ansätze zur Lösung

Der Slogan von UAEM:
Our labs. Our drugs.
Our responsibility.

Die Idee von UAEM ist, dass Universitäten als öffentliche Einrichtungen dem Gemeinwohl verpflichtet sind, somit eine Verantwortung dafür tragen, dass ihre Erkenntnisse und Früchte allen zu Gute kommen. In fast jedem neuen Medikament steckt viel öffentliches Geld – nicht zuletzt über die Grundlagenforschung an Universitäten. In den USA halten die Universitäten gar zahlreiche Wirkstoffpatente selbst.

UAEM schlägt „Equitable Licensing“-Modelle vor – faire Lizenzpolitiken, bei denen mit den vermarktenden Unternehmen im Vorhinein verhandelt wird, wie der Zugang auch in armen Staaten sichergestellt werden kann.

Eine Möglichkeit ist dabei der Verzicht auf die Durchsetzung eines Patents in diesen Ländern. Da sie ohnehin kaum nennenswert zum Umsatz beitragen, ist der wirtschaftliche Schaden für das Unternehmen gering. Durch die Produktion von günstigen Generika kann vor Ort aber flächendeckend behandelt werden.

Besonders knifflig ist dabei, dass zum Beispiel Indien, die „Apotheke des Südens“, zwar einen beträchtlichen Anteil der Medikamente für Afrika produziert, inzwischen aber auch über eine erhebliche Mittel- und Oberschicht verfügt, die sich Pharmaunternehmen nicht als Markt entgehen lassen möchten.

Eine andere Möglichkeit für verbesserten Zugang ist, global gestaffelte Preise zu vereinbaren. Zudem wird aktuell von einigen Organisationen wie UNITAID oder Ärzte ohne Grenzen stark das Konzept des „Patentpools“ beworben: Durch die Zusammenfassung mehrerer Patente wäre es dann einfacher und risikoärmer, neue Kombinationspräparate zu berechenbaren Kosten zu entwickeln.

Auch zur Lösung der „Forschungslücke“ gibt es verschiedene Ansätze, etwa die Schaffung von zusätzlichen Anreizen zur Erforschung bestimmter Krankheiten (z.B. durch Public-Private-Partnerships) oder die Abtrennung der Entwicklungskosten vom Verkaufspreis (etwa durch eine konkrete Ausschreibung zur Entwicklung eines Impfstoffs).

Welche Lösung am geeignetsten ist, ist jedoch noch Gegenstand spannender Debatten. Und genau diese möchte UAEM Münster gerne führen.

»Die Idee von UAEM:
Our labs. Our drugs. Our responsibility.«

Was UAEM in Münster macht

UAEM ist eine Bewegung, die sich seit 2001 primär in Nordamerika entwickelt hat und sich erst seit kurzem, dafür aber umso dynamischer in Europa ausbreitet. Die Gruppe in Münster gibt es inzwischen seit ein paar Monaten – und wir freuen uns sehr über neue engagierte Menschen!

Der Reiz von UAEM ist, dass die „junge NGO“ sich zwar mit globalen Fragestellungen beschäftigt, dabei jedoch auf einer konkreten Ebene bleibt und lokal ansetzt; außerdem, dass sie sich ihre Strukturen in Europa erst gerade schafft. Auf dem letzten Jahrestreffen von UAEM in Yale, bei dem auch Münsteraner Vertreter/innen waren, war die Aufbruchsstimmung der ersten europäischen Gruppen deutlich zu spüren – zumal die amerikanischen Chapter jüngst neue Erfolge eingefahren haben.

In Münster sprechen wir mit den Patentverantwortlichen von Klinik und Universität und führen Gespräche mit Professor/innen, die in relevanten Gebieten tätig sind. Wir möchten gerne recherchieren, wie die Situation hier genau ist, und streben an, ein Bekenntnis der Universität zu fairer Patentpolitik im Senat zu diskutieren. UAEM ist eine zutiefst interdisziplinäre Initiative und auf verschiedene Blickwinkel angewiesen. Deswegen freut sich die Gruppe auf Interessierte aller Fächer. In den USA sind schon jetzt neben Mediziner/innen viele Jurist/innen an Bord, aber auch Geisteswissenschaftler/innen, Biolog/innen und viele andere.

Wie ist die obige Geschichte noch gleich weitergegangen? Nachdem Ärzte ohne Grenzen sich über den unbezahlbaren Preis in Afrika beschwert hatte, baute eine Gruppe Studierender in Yale eine breite Unterstützerschaft auf. Diese machte Druck auf ihre Uni, die Stavudin erfunden, patentiert und auslizensiert hatte. Die Uni machte Druck auf Bristol-Myers Squibb und dort gab man schließlich nach. Ein Generika-Unternehmen sprang ins Feld, der Preis für Stavudin landete bei 55 Euro pro Jahr. Ärzte ohne Grenzen eröffnete die erste dortige Klinik für HIV-Infizierte.

UAEM Yale hat es vorgemacht. Zeigen wir ihnen, was in Deutschland möglich ist.

1 http://www.globalforumhealth.org/About/10-90-gap

▶ Kontakt und weitere Informationen:

muenster@uaem-germany.de
www.essentialmedicine.org

Anzeige

Die Uni Münster als Aussichtsplattform

Wie man mit „weitblick“ Bildungschancen weltweit eröffnen kann

von Gabriele Schliwa | Fotos: Floyd Felton / Niv Nowbakht

Weit geblickt: Auf der ersten Bundesversammlung kamen Studierende aus sechs weitblick-Städten für ein Wochenende zusammen, um sich kennenzulernen und sich auszutauschen.

Kann man neben dem Studium die Welt verändern? Eine Initiative an der Westfälischen Wilhelms-Universität bietet die Gelegenheit dazu. Sie informiert über Bildungsungerechtigkeit, entwickelt Projekte, um dagegen vorzugehen, und verspricht sogar Spaß bei der Arbeit. Vor gut zwei Jahren gründeten 41 Münsteraner Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen die Studierendeninitiative Weitblick e.V. Der als gemeinnützig anerkannte Verein setzt sich gemäß der Leitgedanken „vermitteln – fördern – bilden“ für einen weltweit gerechten Zugang zu Bildung ein.

Die Idee dazu kam dem Gründer und Vorstandsvorsitzenden Andreas Pletziger im Urlaub. Bei einem Spaziergang am Strand von Sansibar sprach ihn eine Gruppe von Kindern an. Hingegen seiner Annahme, dass sie nach Geld fragen würden, baten sie ihn, sich auf Englisch mit ihm unterhalten zu dürfen. Die Kinder hatten sonst keine Chance Englisch zu lernen und eine bessere berufliche Perspektive zu erlangen. „Bildung darf kein Privileg sein. Wer lernen will, sollte auch eine Chance dazu bekommen“, war sein Gedanke.

Da es zu diesem Zeitpunkt noch keine vergleichbare Initiative an der Uni Münster gab, gründete Pletziger den Verein kurzerhand selbst. Unterstützung erhielt er von Freunden und Bekannten, die er schnell von der Initiative begeistern konnte. Dass unter den Münsteraner Studierenden großes Potenzial und Tatendrang zum sozialen Engagement schlummert, zeigt der Erfolg seiner Initiative: Nach zwei Jahren zählt der Verein bereits über 400 Mitglieder an der Uni Münster und das erste große Projekt – der Bau einer Grundschule in Benin – konnte bereits im Dezember letzten Jahres realisiert werden.

Das Besondere an weitblick ist, dass zu jedem Projekt ein persönlicher Bezug und durch direkte Kontakte vor Ort eine vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht. So reiste diesen März erstmalig eine ganze Gruppe von Weitblickern auf eigene Kosten nach Benin, um sich die Grundschule in dem Dorf Midangbé in der Gemeinde Dogbo anzuschauen sowie das Land, die Kultur und die Menschen kennenzulernen. Vor Ort wurden die Weitblicker vom Partnerverein Pro Dogbo empfangen und unterstützt, ohne dessen Hilfe auch der Schulbau nicht möglich gewesen wäre. Die Eindrücke, Erfahrungen und die Bilder, die die Mitglieder sammeln und weitergeben konnten, lassen die Erfolge des sozialen Engagements greifbar werden und geben Motivation für die Projekte, die noch in den Startlöchern stehen.

Doch eine Schule für 30.000 Euro baut sich nicht von alleine. Dazu gehören Fleiß, Kreativität und auch eine Spur Idealismus. Wie kann man „neben“ dem arbeitsintensiven Studium auch noch wirksam etwas auf die Beine stellen? Wie viel man von seiner Zeit für die gute Sache hergeben möchte, kann jedes Mitglied selbst entscheiden. Die Möglichkeiten reichen von der reinen Unterstützung durch den Mitgliedsbeitrag bis hin zur Vorstandsarbeit. Es gibt zahlreiche Projektteams, bei denen man je nach vorhandener Zeit und Interesse mitmachen kann.

Nach dem Münsteraner Vorbild haben engagierte Studierende weitblick bereits in weiteren Städten gegründet. Bisher zählen dazu Bonn, Marburg, Köln, Berlin und Duisburg-Essen – Hamburg und Leipzig folgen. Anfang des Jahres fand die erste Bundesversammlung statt, auf der sich die Weitblicker der verschiedenen Universitätsstädte über ein Wochenende kennenlernen und Ideen austauschen konnten.

Übergreifende Zusammenarbeit: (v.l.) Florian Rinke (weitblick Münster), Klaus van Briel (ProDogbo), der Bürgermeister von Dogbo und Niv Nowbakht (weitblick Münster) gemeinsam während der Beninreise im März 2010.

Die Projekte der Initiative werden in erster Linie aus den Mitgliedsbeiträgen (der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt zwei Euro), Aktionen und Spendengeldern finanziert. Ein wichtiger Bestandteil des Fundraisings sind hierbei die Einnahmen aus der Partyreihe „PartyAid“. Vom Einlass bis zum DJ-Pult sind hier Weitblicker am Werk und so konnten auf der letzten Party rund 3.000 Euro ertanzt werden. Darüber hinaus gibt es weitere Aktionen wie Spendenläufe, Theateraufführungen oder den Verkauf von „Bildungsbrot“ in der Kooperation mit der Bäckerei Tollkötter.

Wer Lust bekommen hat, weiter zu blicken und ein Stück zum „Welt verändern“ beizutragen, ist herzlich eingeladen, bei der wöchentlichen Vereinssitzung vorbeizuschauen (jeden Donnerstag um 20 Uhr im Raum J490, Juridicum).

▶ www.weitblicker.org/muenster

Leben und leben lassen

zwischen Münsters Studierenden und Obdachlosen

von Tine Albrecht

Wir leben in derselben Stadt und doch in verschiedenen Welten. Was denkt ein Obdachloser von den Studierenden, die tagtäglich an ihm vorbei laufen? Und wie groß ist deren Interesse an seinem Schicksal?

Minusgrade – Draußen bei Münsters Obdachlosen

Der 11. Februar ist ein eisiger Wintertag mit Temperaturen unter Null und das bei beißend kaltem Wind. Meine Fingerkuppen sind weiß, als ich mich am Domplatz von meinem Drahtesel schwinge und das Laufen fällt mir schwer. Ich werte das taube Gefühl bei jedem Schritt als positiv: im Kern der Eisklötze scheint noch ein Funke Leben zu stecken.

Gott sei Dank ist es im Vorraum des Doms wärmer. Wie erhofft treffe ich dort auf einen ersten Gesprächspartner. Der junge Mann trägt einen Dreitagebart. Seine Jacke dürfte schon bessere Zeiten erlebt haben, doch sein Äußeres wirkt insgesamt verhältnismäßig gut gepflegt. Wie sich herausstellt, lebt er erst seit zwei Monaten auf der Straße. Irgendetwas schreibt er auf einen Collegblock. Als ich ihn anspreche, hält er inne und blickt desinteressiert auf. Es kommt eher selten vor, dass sich ein junger Mensch mit ihm unterhält: „Hin und wieder hält vielleicht schon einer mal an... weiß aber natürlich nicht, ob das alles Studierende sind, steht denen ja nicht auf der Stirn geschrieben...“, nuschelt er.

Großartige Gefühle gegenüber den Studierenden empfände er nicht, weder Neid noch Wut. „Wütend bin ich höchstens auf mich selbst. Ich hätt's ja selbst machen können. Ich hatte alle Voraussetzungen für's Studium, aber naja... bin selber Schuld“. Er starrt abwesend vor sich hin. Dann sagt er leise: „Klar, wenn ich die Zeit jetzt zwanzig Jahre zurückdrehen könnt', dann hätt' ich auch lieber das Alles – Studieren mein ich und so.“ Meine Schokolade möchte er nicht. Er habe gerade eben erst gefrühstückt, meint er.

Vor dem Ratskeller sitzt schon seit längerer Zeit einer, der sich nicht recht in die sauberen und gepflegten Fassaden des Prinzipalmarktes einfügen möchte. Er reagiert mürrisch, als ich ihn anspreche und antwortet zunächst nur mit brummigen Halbsätzen. Nach einiger Zeit wird er jedoch gesprächiger: „Studierende? Hab' keine Ahnung von denen und was die so machen den ganzen Tag. Die geh'n einfach an mir vorbei, wie alle and'ren Münsteraner. Sind doch eh alles Snobs hier!“, schnaubt er. Seine Stimme klingt verächtlich. Ob er neidisch auf die Zukunftschancen der Studierenden ist, frage ich ihn. „Neidisch? Neee, wieso? Fängst doch nix an mit 'nem Studium heutzutage.“

Seine eigenen Zukunftschancen schätzt er da schon besser ein: „Ich hab gute Aussichten auf eine gesicherte Zukunft – ich bin gelernter Koch.“ Ohnehin sei er „nur auf Durchreisen“ hier. „...is' halt schwierig, im Winter was zu finden.“, gibt er zu.

Zu den Treffen, die die Evangelische Studierendengemeinde organisiert, bezieht er klare Position, auch ohne daran teilgenommen zu haben. „Ach, deren Tour kenn ich. Die woll'n das nutzen, um einem ihre Meinung aufzuzwingen! Hab mich lange genug mit dem Thema beschäftigt – entweder du glaubst oder glaubst nicht. Muss mir nur den Papst anschau'n, dann weiß ich alles... nee, das ist nix für mich.“ Neben ihm liegt ein aufgeschlagenes Taschenbuch. Worum es darin geht, wisse er momentan allerdings auch noch nicht. „Hab grad erst angefangen“, meint er. Damit ist das Gespräch beendet.

Ich flüchte mich in eines der diversen Kaufhäuser, um mich in der molligen Wärme aufzutauen. Die Auslagen zum Sonderpreis laden zum Verweilen ein. Die Stimme im Lautsprecher verspricht den Kunden zwar nicht das Seelenheil, doch zumindest radikal reduzierte Haushaltswaren im zweiten Obergeschoss. Grellbunte Schildchen zeigen, wo sich genaueres Hinschauen lohnt. An mir drängen sich drei junge Damen vorbei. Ich bin vom Odeur mehr oder weniger erlesener Parfümmarken umnebelt. Pinke Knöpfe in den Ohrlöchern scheinen wohl hip zu sein. Bisher kannte ich das nur aus der Kinderabteilung, nämlich bei den Steif-Plüschtieren.

Ob Herr Westerwelle an Swarovski-Kristalle und belgische Schokolade dachte, als er von der Bedrohung unserer Gesellschaft durch „spätrömische Dekadenz“ sprach? Dann hat sich wohl der Zorn der Götter über den beiden jungen Männern auf der Straße entladen.

▶ Treff: „Kein Dach überm Leben“ – Die Obdachlosenarbeit der ESG

Die Evangelische Studierenden Gemeinde bietet einmal im Monat ein Treffen mit Münsteraner Obdachlosen an. Dort können sich Obdachlose und Studierende bei gemeinsamen Würstchen-Essen und Spielen kennen lernen und in ungezwungener Atmosphäre miteinander reden.

Näheres dazu erfahrt ihr auf der Homepage der ESG unter http://www.esg-muenster.de/esg/content/view/45/49/

Montagsfrage

Wie „öko“ bist du?

Ökologisch kontrolliert, biologisch abbaubar, genfrei, erneuerbare Energien sind Schlagwörter, die uns im Alltag häufig genug um die Ohren gehauen werden und die ab und an doch mal bei unserem schlechten Gewissen anklingeln. Olivia Fuhrich und Philipp Fister haben euch gefragt und wollten wissen, wie es bei euch mit dem Öko-Sein aussieht.

Fotos: Philipp Fister

▶ Julia, 23

Also Öko verbinde ich mit alternativer Kleidung und ist deswegen für mich eher negativ besetzt. Deswegen würde ich mich nicht also Öko bezeichnen. Wenn man das aber auf Ernährung bezieht, gehört zum Öko-Sein auch, dass man Bio-Food kauft und sich umguckt, dass die Ware qualitativ hochwertiger ist, was ich schon positiver finde. Da ich aber selber doch sehr auf den Preis schaue, kann ich mich nicht als Öko bezeichnen.

▶ Anne, 22

Lange nicht so öko wie Anna Poldik aber mit Bio-Milch und Bio-Gemüse auf jeden Fall schon irgendwie in die Öko-Richtung. In Münster ist es ja weiterhin auch nicht schwierig, auf das Auto zu verzichten. Mit dem Fahrrad ist man ja gleich ein ganzes Stück mehr öko. Und ich achte auf jeden Fall auch auf meinen Heizungs- und Stromverbrauch, vielleicht aber auch eher aus Geldgründen als aus Öko-Motivation heraus.

▶ Malte, 26

Bei mir geht das soweit, dass wir bei Eiern und Milch auf Öko achten und auch noch bei Kaffee. Meine Freundin ist im Moment so ein bisschen auf dem Trip, unser Repertoire an Ökoartikeln auszuweiten, aber damit ist es auch mit dem Öko-Sein getan. Ich glaube schon, dass der Kunde einen großen Einfluss darauf hat, wie produziert wird, indem er durch die Nachfrage seinen Teil dazu beiträgt. Aber darüber hinaus bin ich jetzt nicht unheimlich mehr öko.

▶ Caroline, 24

Ich bin nicht wirklich öko. Ich suche auf dem Markt eher nach Nicht-Öko-Sachen und habe auch keinen Ökostrom. Ich glaube, dass die Sache mit den Öko-Dingen nur geheuchelt ist und es nicht wirklich viel bringt. Zum Beispiel glaube ich, dass ich mit den Biosachen aus dem Supermarkt im Endeffekt meinem Körper auch nur schade. Ich habe gehört, dass da viel Kupfer als Pestizid drin sein soll, was über Jahre hinweg dann Schaden für meinen Körper bedeutet. Deswegen kaufe ich eher die konventionellen Sachen ein.

▶ Jens, 22

Wie öko bin ich? Das ist eine sehr gute Frage. Ich studiere Deutsch und Englisch und habe gerade eine Hausarbeit über ecocriticism geschrieben. Das ist eine literarische Theorie, die sich Darstellungen von Natur und Ökosystemen anguckt und ihnen zu mehr Präsenz in der Literatur verhilft. Ich würde sagen, ich bin eher so der Mainstream-Ökotyp: Ich kaufe ganz gerne Bio-Bananen und fahre auch mit dem Bus statt mit dem Auto. Aber ich bin jetzt nicht bei Greenpeace oder so. Hardcore-Öko bin ich also nicht.

▶ Kerstin, 27

Ich bin kein krasser Öko, in dem Sinne, dass ich Jute-Klamotten trage. Aber dadurch, dass ich Landschaftsökologie studiert habe, habe ich doch einen gewissen Bezug dazu. Ich achte schon sehr auf meinen Stromverbrauch, zum Beispiel, wenn ich aus dem Zimmer gehe immer das Licht auszuschalten. Und ich mache auch meine Mitbewohner aufmerksam, wenn sie die Hände waschen kaltes Wasser zu benutzen. Aber ich bin jetzt kein krasser Öko, dass ich denke, ich muss Regenwasser sammeln, um Wasser zu sparen. Aber mein Studium gibt mir doch sehr häufig eine andere Sichtweise auf manche Dinge.

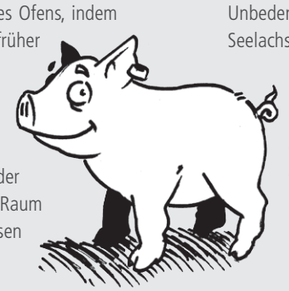
Energiespartipps

Sich ökologisch korrekt zu verhalten, klingt oft nach Verzicht auf Annehmlichkeiten und Luxus. Energie zu sparen muss aber nicht heißen, frierend und bei Kerzenlicht im Zimmer hocken zu müssen. Oft sind es schon kleine Dinge, die helfen können, die Umwelt zu schonen und nebenbei auch Geld zu sparen. Wir stellen an dieser Stelle 50 Tipps vor, die einfach umzusetzen sind.

von Sara Westerhaus | Illustrationen: Ansgar Lorenz

Essen und Kochen

1. Zusammen mit Freunden zu kochen, macht nicht nur mehr Spaß, sondern spart auch Energie.
2. Beim Kochen immer auf die Größe der Herdplatte achten. Der Topf bzw. die Pfanne sollte nie kleiner als die Herdplatte sein. Ansonsten geht Wärme und damit Energie ungenutzt verloren. Es gibt einen weiteren Vorteil: das Gericht wird früher fertig.
3. Nur Kochtöpfe und Pfannen mit guter Wärmeleitfähigkeit verwenden.
4. Beim Kochen einen Deckel verwenden, denn ohne Deckel liegt der Energieverbrauch bei bis zu 280 Prozent.
5. Die höchste Heizstufe beim Kochen nur zum Anheizen verwenden und dann rechtzeitig zurückschalten. Danach ist es optimal, das Gericht bei mittlerer Stufe zu garen.
6. Kühlschranktüren und Backofentüren schnell wieder schließen, um den Kälte- bzw. Wärmeverlust gering zu halten.
7. Der Ofen ist nach dem Ausschalten noch bis zu zehn Minuten sehr warm – eine Zeit, die genutzt werden kann, um etwas anderes zu erwärmen oder die Wärme in die Küche zu lassen.
8. Oder man nutzt die Nachwärme des Ofens, indem man ihn fünf bis zehn Minuten früher ausschaltet.
9. Steht der Kühlschrank tagsüber in der Sonne, benötigt er zum Kühlen mehr Energie. Gleiches gilt für die Platzierung neben der Heizung oder dem Backofen. Zudem muss genug Raum sein, um die warme Abluft aus diesen Geräten gut entweichen zu lassen.
10. Heiße Speisen sollte man immer erst abkühlen lassen, bevor man sie zur Aufbewahrung in den Kühlschrank stellt.
11. Wasser im Wasserkocher erhitzen.
12. Besser eine ganze Kanne Tee zubereiten als mehrmals hintereinander eine Tasse.
13. Verpackungsmüll sollte vermieden werden, wo es nur geht. Obst deswegen lieber lose kaufen und zum Einkaufen eine Tasche mitnehmen.
14. Regionale und saisonale Lebensmittel kaufen, um lange Transportwege zu vermeiden.
15. Bioprodukte haben eine bessere Ökobilanz als herkömmliche Lebensmittel.
16. Soweit wie möglich auf Fleisch verzichten, da es eine weitaus schlechtere Klimabilanz hat als vegetarisches Essen.
17. Auf Produkte mit dem Fairtrade-Zeichen achten und diese bevorzugt kaufen.
18. Beim Fischverzehr die nicht überfischten Arten bevorzugen. Unbedenklich gegessen werden können Karpfen, Hering, Seelachs und Makrele.
19. Nicht rauchen! Tabakpflanzen werden stark gespritzt und sind deswegen sehr umweltschädlich. Außerdem gelangen die Schadstoffe aus weggeworfenen Zigarettenkippen in das Grundwasser.



Waschen und Putzen

20. Die Waschmaschine sollte voll beladen werden.
21. In der Regel reichen 40 Grad aus, um die Wäsche sauber zu bekommen.
22. Wenig Waschmittel benutzen ist umweltfreundlicher.
23. So häufig wie möglich duschen statt baden. Bei einem Vollbad wird dreimal soviel Wasser und Energie verbraucht wie bei einem Duschbad.
24. Wenn man warmes Wasser braucht und kurz unterbrochen wird, sollte man den Hahn zudrehen, z.B. beim Schampoonieren der Haare oder beim Einseifen des Körpers. Das spart nicht nur Wasser, sondern auch Wärmeenergie.
25. Wenig Putzmittel benutzen und Lappen waschen statt wegzuwerfen.
26. In die Toilettenspülung eine Stopptaste oder einen Sparschalter integrieren.
27. Umweltschonender und energiesparend trocknet die Wäsche auf einem Wäscheständer. Ein Trockner benötigt sehr viel Strom.
28. Einen Sparduschkopf zu installieren kann bis zu 50 % Energie sparen.

Rund um den Computer

38. Geräte wie Drucker, Computer, Fernseher usw. nicht auf Standby lassen.
39. Netzteile zum Laden von Handys und anderen Geräten nicht nach dem Laden in der Steckdose lassen. Sie verbrauchen auch dann Strom, wenn kein Gerät angeschlossen ist.
40. Papier doppelseitig bedrucken oder die Option „2 Seiten pro Blatt“ nutzen.
41. Recyceltes Papier verwenden. Dies gilt auch für Taschentücher und Toilettenpapier.
42. Beim Kauf von neuen Geräten den Stromverbrauch vergleichen. Oft ist das billige Gerät durch den hohen Verbrauch im Endeffekt teurer.
43. Auf Laptops umsteigen. Sie verbrauchen weniger Energie als PCs.
44. Bei Laptops und PCs den automatischen Ruhemodus aktivieren.
45. Die grüne Suchmaschine unter http://ecosia.org/how.php nutzen. Diese nutzt das durch Werbung eingenommene Geld für den Umweltschutz.

Heizung und Strom

29. Die Heizung verbraucht die meiste Energie in einem Haushalt, etwa drei Viertel der Gesamtmenge. Beim Beheizen der Räume zählt jedes Grad Raumtemperatur auf der Kostenskala. Für ein Grad Wärme mehr steigen die Heizkosten um circa sechs Prozent.
30. Wenn die Temperatur nachts um etwa fünf Grad gesenkt wird, spart man viel Wärmeenergie.
31. Hängen Gardinen vor der Heizung oder stehen Möbel dicht an der Heizung, verhindert dies in dem jeweiligen Raum die Wärmezirkulation. Die Heizung kann nicht ihre volle Wirkung entfalten und muss sich stärker erhitzen.
32. Stoßlüften statt Fenster auf Kipp: mehrmals am Tag je nach Bedarf den Raum ungefähr fünf Minuten voll durchzulüften.
33. Es wird mehr Energie verbraucht, wenn die Räume ganz auskühlen. Deshalb ist es sinnvoll, immer auf geringem Niveau zu heizen, außer wenn der Raum gar nicht genutzt wird.
34. Die Heizung regelmäßig entlüften, denn mangelnde Zirkulation des Wassers in der Heizung schluckt wertvolle Energie. Wenn die Heizung gluckernde Geräusche macht oder an unterschiedlichen Stellen ungleich warm ist, muss sie entlüftet werden.
35. Ökostrom statt herkömmlichem Strom verwenden.
36. Nachts die Rollläden herunter lassen, damit die Wohnung besser gedämmt ist.
37. Bei undichten Türen einen Zugluftstopper vor die Tür legen.

Fortbewegung

46. Fahrrad fahren, wann immer es geht. Und in Münster geht es fast immer!
47. Ansonsten Bus und Bahn nutzen oder Fahrgemeinschaften bilden.
48. Inlands- und Kurzstreckenflüge vermeiden.
49. Wenn es doch das Auto sein muss, Benzin sparen durch vorausschauendes Fahren, wenig Ballast im Auto, den richtigen Reifendruck, frühes Hochschalten, fahren ohne Klimaanlage und Motor bei Wartezeiten ausstellen.
50. Unter www.atmosfair.de gibt es die Möglichkeit, die CO_2-Emission eines Fluges zu berechnen und eine Ausgleichszahlung zu leisten, um die entstandenen Gase an anderer Stelle einzusparen.

Bildung in der BRD: Quo vadis?

Der Lehrerberuf als Profession und Lösung?

von Tobias Ruttert | Fotos: pixelio.de

Im vergangenen Jahr hat der Staat knapp über zehn Milliarden Euro für den Sektor „Bildung" ausgegeben – das ist eine 10 mit neun Nullen, also eine ganze Menge Geld! Doch durch diese Bildungsexpansion gibt es nicht nur Gewinner: Die Jungen gelten heutzutage als sogn. „Bildungsverlierer", zwischen (erwachsenen) Männlein und Weiblein herrschen immer noch signifikante Einkommensunterschiede und die Umstellungen an den Hochschulen auf Bachelor und Master sind, milde ausgedrückt, eher suboptimal. Da sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, dass ein lebenslanges Lernen immer wichtiger wird, hinterlässt nicht nur die Forderung nach einer Intensivierung des Bereiches der frühkindlichen Bildung, sondern auch der hohe Betrag von Studiengebühren einen konfusen Eindruck. In diesem Zusammenhang fordert der FDP-Politiker Andreas Pinkwart, mit Unterstützung der Bildungsministerin Annette Schavan, (CDU), leistungsstarke Studierende mit monatlich 300 Euro zu fördern – anstatt das BAföG für alle zu erhöhen. Zudem plädiert Herr Pinkwart dafür, dass Kindergeld zukünftig nicht an die Eltern, sondern direkt an die Studierenden auszahlen zu lassen. Aber bevor man die kleinen Knirpse dazu zwingt im Kindergarten Fremdsprachen zu lernen oder bevor Studierende notgedrungen nebenbei jobben müssen, um ihr Studium finanzieren zu können, empfiehlt es sich den Fokus im Hinblick auf eine mögliche Problemlösung sowohl auf die weiterführenden Schulen als auch auf die dort arbeitenden Lehrkräfte zu richten.

Der Lehrerberuf rückt nämlich spätestens seit den letzten internationalen Schulleistungsvergleichsstudien, wie PISA oder TIMSS, immer mehr in den Mittelpunkt der Debatten über Bildungs- und Schulpolitik. Zweifelsohne scheint ein gewisser Zusammenhang zwischen den Lehrkräften und dem durchaus schwachen Abschneiden der deutschen Schüler zu bestehen. Folglich sehen sich unsere Pauker nicht nur mit einer massiven Kritik konfrontiert, sondern befinden sich darüber hinaus, wenn auch zum Teil ungewollt, in einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess.

Auf der einen Seite geht der Trend in Richtung einer Ganztagsschule und auf der anderen Seite steigt die Forderung die Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte zu reformieren. Während das Ansehen von Lehrern in den letzten Jahren leicht gesunken ist, erfahren gerade Grundschullehrerinnen und -lehrer mehr Anerkennung als früher. Betrachtet man den gesamtgesellschaftlichen Arbeitsmarkt lässt sich sowohl eine zunehmende Inklusion als auch eine zunehmende Exklusion beobachten. Aber was genau hat dies für diese Berufsgruppe zu bedeuten? In diesem Zusammenhang stellt sich nicht nur die Frage, wo denn nun genau der Lehrerberuf steht, sondern auch ob er in der Lage ist die angebliche Bildungsmisere beeinflussen zu können. Aber einen Moment mal bitte: Der Lehrer als der klassische Pädagoge schlechthin und als Problemlöser zugleich? Na Heidewitzka, da hätte diese Berufskaste ja eine Art Doppelfunktion inne! Nur ist es nicht so, dass für solch vielschichtige Problemfelder, wie es die bundesweite Schieflage des Bildungssystems nun einmal darstellt, man lieber Profis zu Rate ziehen sollte? Gefordert sein müsste dann eigentlich eine Profession. Doch ist der Lehrerberuf eine Profession oder nur eine Semi-Profession? Oder hat er mit Profession überhaupt gar nichts zu tun und stellt lediglich „nur" einen Beruf dar? Eine etwas tiefergehende Analyse scheint angebracht zu sein.

© Manfred Walker | pixelio.de

Zunächst ist daher zu klären, was überhaupt Professionen waren beziehungsweise sind. Generell lässt sich dazu sagen, dass Professionen immer spezielle, herausgehobene Berufe sind, die sich der Bearbeitung eines existenziellen Problems widmen – als Beispiele sind an dieser Stelle der Arzt, der Rechtsanwalt oder der psychologische Psychotherapeut in eigener Praxis zu nennen. Doch was ist mit dem Lehrer? Welches existenzielle Problem bearbeitet er? Ist die Bildung und Erziehung unserer Kinder kein existenzielles Problem? Könnte man nicht sogar schnippisch behaupten, dass all unser Nachwuchs ohne Lehrer dumm wie ein Brot sterben würde? Nun, solch eine Feststellung ist natürlich voreilig und bedarf einer weiteren Herauskristallisierung der Merkmale einer Profession. Diese hat nicht nur eine Gemeinwohlorientierung, sondern auch einen hohen Berufsethos inne – ja gut, so geschrieben lässt sich dies von Lehrkräften auch behaupten (auch wenn jeder Schüler mit Sicherheit

© Dieter Schütz | pixelio.de

einige Beispiele aufzählen könnte, die das Gegenteil beweisen würden). Der nächste Punkt verdeutlicht allerdings den ersten Unterschied: Einer Profession wird eine exklusive, hoch geachtete Wissensbasis zugeschrieben. Man kann auch überspitzt ausgedrückt von einer Art Geheimwissen sprechen. Der Lehrerberuf steht diesbezüglich vor einem kleinen Problem: In der Gesellschaft herrscht im Rahmen von Themen, die Bildung und Erziehung betreffen, eine Art Laienwissen, was zur Folge hat, dass im Prinzip jeder eine eigene Meinung oder gar eine Lösung parat zu haben glaubt. Allerdings lassen sich in diesem Zusammenhang auch Tendenzen der Deprofessionalisierung in anderen Bereichen beobachten – beispielsweise steht das Wissen eines Arztes einer immer mehr in Mode kommende Alternativmedizin gegenüber. Dennoch ist dieses Verhältnis noch nicht so stark ausgeprägt wie bei der Tätigkeit von Lehrkräften. Weitere Merkmale einer Profession sind darüber hinaus ihre aufwändige Ausbildung und Sozialisation. Man übernimmt zum Beispiel den Habitus „eines Therapeuten" etc. In diesem Zusammenhang steht auch die Nicht-Standardisierbarkeit der Tätigkeiten von Professionen. Selbst wenn jeder Schüler ein Individuum ist, so stellen psychische Krankheiten, physische Operationen oder juristische Probleme letztendlich ein differenzierteres Feld dar. Ein weiterer Punkt betrifft die Autonomie der Profession. Sie ist individuell und kollektiv gegeben. Dies bedeutet, dass die Profession immer für sich oder über sich selbst spricht, was eine Art Monopolisierung der Zuständigkeit zur Folge hat. Die Professionen arbeiten gezielt daraufhin, dass der Staat ihnen versichert, dass nur sie die jeweiligen Arbeiten ausführen dürfen. Demzufolge kontrolliert sich die Profession weitgehend selbst, was nicht immer zwingend positiv sein muss. Aber in dieser Monopolisierung der Zuständigkeit liegt der gravierende Unterschied zwischen den Professionen und dem Lehrerberuf: Dieser ist kein freier Beruf, sondern ein Beamtenberuf – der Lehrer ist ein Angestellter des Staates. Dennoch lässt sich der Beruf des Lehrers problemlos in die Kategorie der Semi-Professionen einordnen, da es wie bereits oben erwähnt, einige inhaltliche Überschneidungen mit den klassischen Merkmalen einer Profession gibt. Doch was ist nun die Antwort auf unsere Ausgangsfrage? Retten die Lehrer nun unser Land oder nicht?

© Günter Havlena | pixelio.de

Eine eindeutige Antwort ist wohl leider nicht möglich. Allerdings lässt sich die Frage bezüglich der Zuständigkeit bejahen. Immerhin stehen unsere Lehrkräfte in einem direkten Arbeitsverhältnis zum Staat – folglich ergibt sich dadurch der Zuständigkeitsbereich von selbst. Alleine können sie die großen Defizite in der deutschen Bildungspolitik nicht lösen. Im Übrigen gilt dies für alle Professionen, Semi-Professionen, „normale" Berufe, Zauberei und Schwarzarbeit. Nur wenn die Kräfte gebündelt werden und die Politik (am sinnvollsten natürlich auf Bundesebene) eine klare, einheitliche Zielsetzung verfolgt, wird man in naher Zukunft eventuell eine Veränderung erkennen können. Bis dato heißt es für unser Land: Quo vadis?

Landtagswahl am 09. Mai in NRW

von Andreas Brockmann

Unter allen Bundesländern gilt Nordrhein-Westfalen mit einer Anzahl von ca. 480.000 Studierenden als die studentische Hochburg; in keinem anderen Bundesland studieren so viele junge Menschen wie hier. Entscheidungen, die Auswirkungen auf die Studierenden auch in Münster haben, werden dabei in erster Linie nicht in Berlin, sondern in Düsseldorf gefällt. Schließlich ist Bildungspolitik vor allem Landespolitik. Ob die Entscheidungsbefugnis in diesen Fragen aber auch weiterhin bei der amtierenden Landesregierung aus CDU und FDP bleibt, wird die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 09. Mai zeigen. Auch die Münsteraner Studierenden werden sich daher am 09. Mai entschieden haben müssen, welcher Regierung sie in den kommenden vier Jahren ihr (hochschul) politisches Vertrauen schenken wollen. Aus diesem Grund hat die Redaktion des Semesterspiegel beschlossen, alle Parteien, die momentan im Landtag vertreten sind, in Hinblick auf die Verbesserung der Studiensituation zu befragen. Von vier befragten Parteien (CDU, FDP, SPD, Grüne) haben sich zwei zurück gemeldet. Aus diesem Grund finden auch nur die Antworten dieser Parteien im Semesterspiegel Beachtung.

Folgende Fragen wurden an die Parteien gestellt:

1) Strebt Ihre Partei im Bereich der Hochschulbildung Änderungen an?

2) In welcher Weise hat sich Ihre Partei für die Interessen der Studierenden vor Ort in dieser Legislaturperiode im Landtag eingesetzt?

Antwort der SPD: Dr. Anna Boos, MdL

Zu 1)
Die wichtigste Änderung wird die Abschaffung der Studiengebühren sein. Die SPD steht für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Natürlich können die Hochschulen nicht auf Geld verzichten, deshalb wollen wir die Mittel aus Studiengebühren nicht kapazitätswirksam ersetzen. Wir wollen den Hochschulrat abschaffen und die demokratischen Strukturen stärken. Wir wollen allen beteiligten Gruppen ein wirkliches Mitbestimmungsrecht einräumen.

Zu 2)
Die SPD in NRW hat immer wieder die negativen Auswirkungen der Studiengebühren moniert. Gleiches gilt für die Mittelstreichung bei den Studentenwerken, die zunehmende prekäre Beschäftigung an den Hochschulen, die schlechte Umsetzung des Hochschulpaktes mit der Folge, dass es zu wenig Studienplätze gibt. Wir haben uns gemeinsam mit den Studierenden für einen Bologna-TÜV eingesetzt. Besonders wichtig ist für mich auch die Familienfreundlichkeit und die Gleichstellung an Hochschulen. Den Bildungsstreik habe ich vor Ort unterstützt. Die Lehrerausbildung hat in Münster besondere Bedeutung. Die Verkürzung der Referendarzeit auf zwölf Monate lehne ich ab.

Antwort der Grünen: Dr. Ruth Seidl, MdL

Zu 1)
Ja, unser Ziel ist es, den von FDP und CDU begonnenen Prozess der Entdemokratisierung und Privatisierung der Hochschulen umzukehren. Wir wollen die Studiengebühren abschaffen (und gleichzeitig für eine bessere Ausstattung der Hochschulen durch mehr Landesmittel sorgen) sowie die Machtverhältnisse neu ordnen, um ein Höchstmaß an Transparenz und Beteiligung aller Gruppen zu ermöglichen. Die Fehler der Bologna-Reform (Stofffülle, Zahl der Prüfungen usw.) wollen wir korrigieren und die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Studium/Forschung/Lehre und Familie verbessern.

Zu 2)
Wir haben einerseits auf die fatalen Folgen der privat-vor-Staat-Politik der Landesregierung hingewiesen (Studiengebühren, fehlenden Studienplätze, mangelhafte Bologna-Umsetzung, Abschaffung der Mitbestimmung usw.) und andererseits in konkreten Anträgen und Gesetzentwürfen Alternativen aufgezeigt (Studiengebühren-Abschaffungsgesetz, Stärkung der Hochschuldidaktik, familienfreundliche Hochschulen, Frauenquote u.v.m.).

Wie gut kennst du Münster wirklich?

von Olivia Fuhrich

6

Wer denkt bei diesem Vogel nicht sofort an den Bundesadler? Damit liegt ihr aber weit daneben. Was hat es also wirklich mit ihm auf sich? Und warum könnte diese Skulptur in Münsters Lokalpolitik Streit ausgelöst haben? Und die wichtigste Frage unserers legendären Bilderrätsels, wo überhaupt in Münster ist dieser Adler zu bewundern?

▶ Die Auflösung dises Bilderrätsels und auch die vorherigen Rätsel findet ihr auf unserer Homepage (**www.semesterspiegel.de**) und in der nächsten Ausgabe.

Sudoku (leicht)

von Christian Strippel

	1		9		6	3		5
5	6				1			4
						6	7	
1			6					
	2	8		3			4	9
	3			7				8
7		1	4		3		5	
4	5				7			
	8		5	2				

Sudoku (schwer)

von Christian Strippel

7					3			
5						8		
		9		1	2	4	5	
	4			7		9	3	
		7						
	5				1			2
4			1	8	6		2	
	1		9				6	4
3	7			4	5			

»Beeil Dich, denn
Dienstag ist Studententag…
…und Karten kosten an der
Abendkasse nur 5,– Euro!«
* Szenenfoto aus »Der große Knall« von Arthur Miller
städtische
bühnen
münster
Neubrückenstraße 63 | 48143 Münster | Kasse 0251.5909-100 | www.stadttheater.muenster.de